



Kommunales Engagement in der Flüchtlingskrise



2030-Agenda

Vernetzungstreffen für
Zeichnungskommunen

Brexit

Zukunft Europas nach
britischem Referendum

Jean-Claude Juncker

Zweite Rede zur Lage
der Europäischen Union

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Flüchtlingskrise war DAS zentrale kommunale Handlungsfeld der vergangenen Monate. Ohne das engagierte Handeln von Städten, Landkreisen und Gemeinden wäre weder die Unterbringung letztlich bewältigt worden noch wird die darüber hinausgehende Aufgabe der Integration gelingen. Gleichzeitig stellte und stellt dieser Zustrom das Projekt der europäischen Einigung vor eine Zerreißprobe. Vor allem die Debatte um ausgewogene Aufnahmekontingente für alle EU-Mitgliedstaaten offenbart, wie fragil das Konzept der europäischen Solidarität ist. Als Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) drängen wir hier seit langem gemeinsam mit unserem europäischen Dachverband auf eine EU-weite Lösung.

Die Flüchtlingskrise eröffnet aber auch die Chance zur Kooperation und zum Erfahrungsaustausch. So nutzen immer mehr deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden ihre Partnerschaften und Kontakte, um mit Kommunen in anderen europäischen Ländern zu Fragen von Flucht, Migration und Integration zu diskutieren und Erfahrungen mit guten Integrationsprojekten auszutauschen. Im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit gibt es erste Ansätze für Projektpartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und solchen in den Anrainerstaaten Syriens. In dieser Ausgabe von „Europa kommunal“ stellen wir einige Beispiele vor, die das Engagement deutscher Kommunen in der europäischen Flüchtlingskrise darstellen und gegebenenfalls zur Nachahmung anregen sollen.

Ihr Dr. Kay Ruge
Generalsekretär



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

Inhalt

40. Jahrgang · Heft 5 · September/Oktober 2016

FLÜCHTLINGSKRISE	3
■ Mehr als nur ein nationales Thema Engagement der Kommunen in der europäischen Flüchtlingskrise Von <i>Walter Leitemann</i>	3
■ Know-how der Kommunen weltweit gefragt Kommunale Entwicklungspolitik in Zeiten der Flüchtlingskrise Von <i>Pia Popal</i>	5
■ Städtesolidarität in Zeiten der Krise „Flüchtlingshilfe Kavala“ in Nürnberg für griechische Partnerstadt Von <i>Beate Kreisl</i>	8
■ Regel Fachaustausch zu Migration und Integration Städtepartnerschaft zwischen Rheine und Borne in den Niederlanden Von <i>Wiebke Gehrke</i>	11
■ Migration früher und heute erlebbar gemacht Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Litauen in Lauingen Von <i>Christian Müller</i>	14
■ Voneinander lernen bei Integration und Partizipation EU-Projekt „EASY Towns“ mit Beteiligung der Stadt Pforzheim Von <i>Susanne Schreck</i>	16
FORUM EUROPA	18
■ Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos Rede von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Von <i>Walter Leitemann</i>	18
■ Der Brexit – Zukunft Europas? Eine kommunale Sicht auf den Abschied Großbritanniens aus der EU Von <i>Uwe Zimmermann</i>	20
■ Online-Angebote bald barrierefrei Websites öffentlicher Stellen für Menschen mit Behinderungen Von <i>Sabine Verheyen</i>	24
■ Kulturerbejahr rückt näher Vorschlag für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018 Von <i>Barbara Baltsch</i>	27
■ Kommunale Selbstverwaltung als Prinzip verankern Verabschiedung einer neuen Städteagenda auf dem Habitat III-Gipfel Von <i>Sabine Drees</i>	29
FORUM PARTNERSCHAFT	31
■ Beziehung im Zeichen von Wirtschaft und Handel Neue Städtepartnerschaft zwischen Mannheim und Qingdao in China Von <i>David Linse</i>	31
■ Beziehung für Entwicklung und Völkerverständigung Städtepartnerschaft zwischen Esslingen und Coimbatore in Indien Von <i>Jutta Fahrion</i>	34
RGRE	37
■ Erstes Vernetzungstreffen für Zeichnungskommunen Musterresolution zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung Von <i>Sabine Drees und Annette Turmann</i>	37
■ RGRE trauert um Ehrenpräsidenten Zum Tod von Bürgermeister a.D. Dr. Josef Hofmann	41
PROGRAMME	42
■ Europäische Lösungen für die Stadtentwicklung Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen Von <i>Daniel Zwicker-Schwarm und Dr. Beate Hollbach-Grömmig</i>	42
WETTBEWERBE	46
NAMEN UND NACHRICHTEN	47
TERMINE	49
IMPRESSUM	50

Engagement der Kommunen in der europäischen Flüchtlingskrise:

Mehr als nur ein nationales Thema

Seit mehr als einem Jahr beherrscht die Flüchtlingskrise die politische und gesellschaftliche Diskussion auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene. Sie steht auch unverändert auf den Agenden der Sitzungen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Als einem Kommunalverband mit europäischer Ausrichtung sieht die deutsche RGRE-Sektion ihre Aufgabe vor allem darin, auf eine europäische Lösung zu drängen und den europäischen und internationalen Austausch von Kommunen zu Fragen der Migration und Integration zu fördern.

Ein Beitrag von
Walter Leitermann

Die Flüchtlingsproblematik ist ein Thema von besonderer Relevanz für die Kommunen. Denn in den Städten, Landkreisen und Gemeinden ist der Handlungsdruck am größten. Vor Ort müssen die Hunderttausenden von Flüchtlingen sowie Migratinnen und Migranten untergebracht, versorgt und integriert werden. Bund und Länder sind gefordert, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen und finanzielle Mittel bereitzustellen. Neben der nationalen Dimension hat das Flüchtlingsthema aber auch eine dezidiert europäische Dimension. Wenn diese nicht zum Tragen kommt, sind die mit den Fluchtbewegungen verbundenen Probleme nicht zu lösen. Einzelne EU-Mitgliedstaaten alleine können es nicht richten – zumindest dann nicht, wenn die Europäische Union in ihrem Selbstverständnis als Rechts-, Werte- und Solidargemeinschaft nicht dauerhaft beschädigt werden soll.

Engagement der Deutschen Sektion des RGRE

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat sich bereits vor einem Jahr im Rahmen ihrer Delegiertenversammlung im Landkreis Karlsruhe in einer [Resolution für eine gesamteuropäische Flüchtlings- und Asyl-](#)



Foto: European Union, 2016 / Yasir Akgül

politik ausgesprochen. Zu den wichtigsten Forderungen gehören die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU sowie die Schaffung von weitgehend einheitlichen Standards für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Angemahnt werden zudem eine Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und eine Beseitigung der Fluchtgründe. Auch die Fragestellung einer Kontingentierung als Beitrag zur Bewältigung des Zustroms, allerdings ohne damit das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen, ist Gegenstand der Resolution.

Zudem hat die Deutsche Sektion des RGRE früh darauf gedrängt, dass sich auch die europäischen Kommunen über ihren europäischen Dachverband „Council of European

Die Deutsche Sektion des RGRE fordert eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU sowie die Schaffung von weitgehend einheitlichen Standards für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Zum Autor:

Walter Leitermann ist stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Municipalities and Regions“ (CEMR) zu Wort melden und der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament darlegen, was sie in der Flüchtlingsfrage von der Europäischen Union erwarten. Dies geschah in einer [Resolution vom Dezember 2015](#) und einem [Positionspapier vom April 2016](#), in denen maßgebliche Inhalte der Resolution der deutschen RGRE-Sektion Eingang fanden. Der CEMR ist damit bisher der einzige europäische Kommunalverband, der zu diesem Thema auf der Brüsseler Bühne die Stimme der Kommunen zu Gehör bringt.

Kommunale Kooperation und Erfahrungsaustausch

Wenn man von der europäischen Dimension der Flüchtlingsproblematik spricht, ist eine den Kommunen dienende europäische Migrations- und Integrationsagenda allerdings nur ein Aspekt. Ein anderer ist die Kooperation und der Erfahrungsaustausch der Kommunen im europäischen oder sogar internationalen Rahmen. Es gibt zahlreiche kommunale Kooperationen im Rahmen von Partnerschaften und Projektpartnerschaften, in denen die Flüchtlingsfrage eine Rolle spielt. Und es gibt Erfahrungsaustausche zu Fragen der Integration im Rahmen europäischer Partnerschaften, die helfen, voneinander zu lernen und Lösungen für Problemlagen zu finden, die bisher vielleicht nicht zum Alltag des Verwaltungshandelns einer Kommune gehörten. Dies ist eine Facette des europäischen Engagements, die bisher kaum wahrgenommen wurde.

In den deutsch-französischen Beziehungen soll der kommunale Austausch zu Fragen der Integration zukünftig Bestandteil des deutsch-französischen Dialogs werden. Dies haben zumindest die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault in ihrem Bericht [„Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“](#), den beide im Auftrag der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten für den Deutsch-Französischen Ministerrat im April 2016 erarbeitet haben, vorgeschlagen. Darin heißt es unter anderem: „Es ist wichtig, dass Deutschland und Frankreich sich über gute Praktiken beraten. Daher gilt es, die lokalen Gebietskörperschaften und Bürgermeister, die staatlichen Verwaltungen, die wirtschaftlichen und sozialen Akteure und auch die Bürger beider Länder zu vernetzen. [...] Integration geschieht vor Ort in den Kommunen. Ihnen kommt bei diesem Thema eine Schlüsselrolle zu.“



Foto: European Union, 2015 / Mario Laporta

Bei Fragen der Migration und Integration sollten europäische Kommunen den Austausch suchen und voneinander lernen

Was dort beispielhaft für die deutsch-französischen kommunalen Beziehungen propagiert wird, gilt natürlich auch für alle anderen Beziehungen, die deutsche Kommunen zu Kommunen in anderen Ländern unterhalten. Nachdem die Deutsche Sektion des RGRE die Ausgabe von „Europa kommunal“ 2/2016 schwerpunktmäßig der europäischen Flüchtlingspolitik aus Sicht der Kommunen und der Frage gewidmet hatte, wie europäische Strukturfonds und Förderprogramme genutzt werden können, um Flüchtlinge vor Ort in den Kommunen zu integrieren, stellen wir in dieser Ausgabe exemplarisch Beispiele von Kooperationen und Erfahrungsaustauschen europäischer Kommunen im Themenbereich Migration und Integration vor. ■

Infos

Resolution der Deutschen Sektion des RGRE für eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik vom 5. Oktober 2015:

http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/resolutionen/Resolution_Fluechtlinge.pdf

Resolution „Für eine gemeinsame europäische Asylpolitik auf allen staatlichen Ebenen“ des CEMR zur Flüchtlingskrise vom 7. Dezember 2015:

http://www.ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_resolution_refugees_final_DE.pdf

Positionspapier „Aufruf zu einer echten gemeinsamen europäischen Asylpolitik“ des CEMR vom 20. April 2016:

http://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_Call_for_a_real_common_european_asylum_policy_DE.pdf

Bericht „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“:

http://www.saarland.de/dokumente/res_stk/2016-04-07_Bericht_an_DFMR.pdf

Kommunale Entwicklungspolitik in Zeiten der Flüchtlingskrise:

Know-how der Kommunen weltweit gefragt

Die Flüchtlingskrise und deren Bewältigung stellt eine zentrale Herausforderung für die nationale, europäische und internationale Politik dar. Lösungsansätze müssen auf allen Regierungsebenen gefunden werden. Besonders in Deutschland mit seinem föderalen System sind neben dem Bund auch die Regionen und Kommunen angesprochen, sich aktiv in der Flüchtlingskrise zu engagieren.

Ein Beitrag von
Pia Popal

Die Flüchtlingskrise ist ein Beispiel dafür, wie stark globale Entwicklungen und lokale Regierungsführung mittlerweile miteinander verschränkt sind. Sie verdeutlicht, dass auch Kommunen von den globalen Herausforderungen der Zeit betroffen sind und dafür verantwortlich sind, sich an der Suche nach globalen Lösungen auf lokaler Ebene zu beteiligen. Eine Möglichkeit der aktiven Beteiligung ist das internationale Engagement von Kommunen.

Internationales kommunales Engagement ist in Deutschland Teil der Entwicklungspolitik von Städten, Landkreisen und Gemeinden. Als kommunale Entwicklungspolitik wird die Summe aller Mittel und Maßnahmen bezeichnet, die kommunale Verwaltungen ergreifen, um nachhaltige Entwicklung in den eigenen Kommunen und in Entwicklungsländern zu fördern. Dazu gehören Maßnahmen im Inland, die in erster Linie Informations- und Bildungsarbeit umfassen, sowie Maßnahmen im Ausland, zum Beispiel Kommunalpartnerschaften oder die Förderung des Austauschs von Fachpersonal in internationalen Erfahrungnetzwerken.

Formen des kommunalen Engagements

Zentrales Element des Engagements im Ausland sind die Städtepartnerschaften. Sie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt mit dem Ziel geschlossen, die kriegsgebeutelten Bevölkerungen aus den verschiedenen



Foto: Orientheifer e.V.

Die Landeshauptstadt München unterstützte 2014 und 2015 bereits die Flüchtlingsarbeit von Hilfsorganisationen in den Krisenregionen im Nahen Osten und will nun selbst aktiv werden

Ländern wieder einander anzunähern. Regional konzentrierten sich diese Partnerschaften hauptsächlich auf entwickelte Länder. Zu den ersten Verbindungen Ende der 1940er-Jahre gehörten deutsch-britische Partnerschaften, wie etwa zwischen Hannover und Bristol sowie Bonn und Oxford. Ab 1950 kamen deutsch-französische Partnerschaften, wie die zwischen Ludwigsburg und Montbéliard, hinzu. Mit Beginn der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in den 1960er-Jahren entstanden dann auch Partnerschaften in Entwicklungsländern, die sich zunächst der Bewältigung von Krisen und Katastrophen widmeten.

In den letzten Jahren sind Kommunen verstärkt als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit tätig geworden. Dies zeigt sich in dem Bestreben im Inland, das Beschaffungswesen nachhaltiger zu gestalten (sustainable procurement) oder den Fairen

Zur Autorin:

Pia Popal ist Projektmanagerin im Referat für Arbeit und Wirtschaft, Fachbereich Europa/Internationale Kooperation, bei der Landeshauptstadt München und hat die Federführung für den Themenschwerpunkt Flucht und Entwicklung.

Handel stärker zu unterstützen. Eine faire und nachhaltige Vergabe trägt dazu bei, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern und so gleichwertige Ausgangssituationen zu schaffen. Im Ausland wurden die bestehenden Städtepartnerschaften durch zeitlich begrenzte, themenorientierte Projektpartnerschaften ergänzt. Im Vordergrund steht dabei, Fachwissen aus der eigenen Verwaltung in Form von guten Beispielen in den Kommunen der Partnerländer anzuwenden.

Zunehmende Bedeutung des kommunalen Engagements

Ein wesentlicher Meilenstein zur Festigung dieses Engagements war die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Der dort ausgearbeitete Aktionsplan würdigt die Kommunen als relevante Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. In Kapitel 18, Satz 1 der Agenda 21 wird die Rolle der Kommunen konkret beschrieben: „Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“ Diese Würdigung von Kommunen wird in der Lokalen Agenda 21 noch verdeutlicht, da die Kommunen sich mithilfe dieses Handlungsprogramms selbst eine Anleitung für nachhaltige Entwicklung geben können.

Auf die Agenda 21 folgten weitere Seldokumente, in denen die Relevanz der kommunalen Entwicklungspolitik in unterschiedlicher Form betont wird. Hierzu zählen die Millennium-Erklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, die Erklärung von Paris von 2005, die Änderung des Cotonou-Abkommens von 2005, der Schapira-Bericht von 2007, die Klimarahmenkonvention von 2010 und insbesondere der Beschluss der Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen von 2012, Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Diese sogenannten Sustainable Development Goals liegen seit September 2015 vor und haben die Millennium-Entwicklungsziele abgelöst.

In all diesen Beschlüssen wurde der Beitrag der Kommunen zur Entwicklungspolitik gestärkt. Kommunen ergänzen damit in Deutschland die Entwicklungsarbeit der Bundesregierung und sind als zentrale Akteure nicht mehr wegzudenken. Aber was sind die Vorteile der kommunalen Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit allgemein und speziell in der Flüchtlingskrise?

Potenziale des kommunalen Engagements

Kommunen sind den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Diese Nähe hilft einerseits, die globalen Zusammenhänge auf lokaler Ebene verständlich zu machen, andererseits die Bürgerinnen und Bürger aktiver an der internationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. So könnten etwa Migrantenorganisationen stärker in flüchtlingsbezogene Aktivitäten eingebunden werden oder das Thema Flucht verstärkt Einzug in den Verwaltungsalltag erhalten.

Die Globalisierung ist ein allgegenwärtiges Phänomen, das Kommunen vor allem in Entwicklungsländern vor besondere Herausforderungen stellt. Zur Lösung ihrer Probleme suchen sie zunehmend den internationalen Dialog. Denn durch interkommunale Kooperationen, die sich nah am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientieren, können eher passgenaue Lösungen gefunden werden als durch übergeordnete, staatliche Strukturen. Häufig ist die Kommunikation zwischen den verschiedenen Regierungsebenen schwierig oder nur rudimentär vorhanden. In der Flüchtlingskrise kann die Unterstützung und Stärkung der Kommunen in Entwicklungsländern dazu beitragen, Lösungen direkt auf der Ebene anzubieten, auf der der Bedarf zur Versorgung der Geflüchteten spürbar ist. Dies lässt sich am aktuellen Beispiel Syriens verdeutlichen. Von dort flüchten die meisten Menschen vor dem Bürgerkrieg in die Städte der Anrainerstaaten Syriens, wo die Stadtverwaltungen für die Versorgung der Flüchtlinge zuständig sind.

Unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der deutschen Kommunen sind viele Fachleute, deren Expertise den Partnerländern im Süden zugutekommen kann. Deshalb plant die Landeshauptstadt München beispielsweise den Aufbau einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune an der Grenze zu Syrien, um bei der Versorgung und Qualifizierung der krisenbetroffenen Flüchtlinge zu unterstützen. Das spezielle Know-how wird im direkten Austausch zwischen den Kommunen vermittelt. Im Kontext der Flücht-

lingskrise stellt dieser partnerschaftliche Austausch einen weiteren Vorteil dar, um den Wissenstransfer konkret auf den Bedarf der Aufnahmekommunen abzustimmen. Zu den klassischen Aufgabenfeldern deutscher Kommunen gehört dabei die Daseinsvorsorge. Aufnahmekommunen von Flüchtlingen haben bei deren Unterbringung und Versorgung plötzlich enorme organisatorische Herausforderungen zu bewältigen. Interkommunale Projektpartnerschaften ermöglichen es somit, die fehlenden Kompetenzen durch den direkten Transfer von Fachwissen aus deutschen Kommunen aufzufangen.

Aber auch für deutsche Kommunen stellt der Austausch einen entscheidenden Mehrwert dar. Da in den Einsatzländern oft nur beschränkte Ressourcen vorhanden sind, ist die Suche nach innovativen Lösungen ein Teil der Unterstützung. Kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abfallwirtschaftsbetrieben sind zum Beispiel in den Einsatzländern mit Gegebenheiten konfrontiert, die nicht dem hochtechnologisierten Standard in ihren Kommunen entsprechen. Besonders in denjenigen Gebieten, die mit der Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung bereits an ihre Grenzen stoßen und keine ausreichenden Ressourcen zur Versorgung der Flüchtlinge haben, sind alternative Ansätze nötig, um mit vorhandenen Mitteln möglichst viele Menschen zu erreichen. Dies kann für deutsche Kommunen im Hinblick auf die eigene Innovationsentwicklung eine wertvolle Erfahrung sein.

Grenzen des kommunalen Engagements

Von kommunaler Seite wird kritisiert, dass sie immer häufiger aufgefordert werden, sich an entwicklungspolitischen Maßnahmen zu beteiligen, häufig jedoch ohne ihnen dafür zusätzliche Personalkapazitäten für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Darin wird ein wesentliches Hindernis bei der Etablierung und dem Ausbau kommunaler Partnerschaften deutlich: Der Umfang und die Intensität kommunalen Engagements ist somit immer auf die bestehenden Ressourcen begrenzt. Vor allem das Eingehen von neuen Partnerschaften muss gegenüber der eigenen Stadtgesellschaft ausreichend begründet werden.

Ein weiterer Aspekt interkommunaler Projektpartnerschaften ist, dass der Austausch von Kommunen einen großen Aufgabenbereich umfasst – angefangen von Themen der Rechtsstaatlichkeit bis hin zur transparenten Haushaltsführung. Die Aufgabenfelder einzelner Kommunen müssen jedoch klar benannt

werden, um das potenzielle Wirkungsfeld im internationalen Kontext genau abzustecken. Das Definieren der Zuständigkeit ist auch deshalb zwingend erforderlich, weil der Einsatz von kommunalen Fachleuten in der Entwicklungszusammenarbeit dem punktuellen Austausch, etwa in Form von Hospitationen, nicht übersteigen kann. Expertinnen und Experten können nur beratend tätig sein, ihre Hauptaufgabe bleibt die Bewältigung der Aufgaben in ihren eigenen Städten, Landkreisen und Gemeinden. Somit ist, neben den finanziellen Grenzen interkommunaler Kooperation, auch die mögliche Unterstützung von Kommunen im internationalen Kontext endlich. Damit kann die Unterstützung durch kommunale Expertinnen und Experten zwar eine sinnvolle Ergänzung staatlicher bilateraler Entwicklungszusammenarbeit sein, sie möchte und wird diese jedoch nicht ersetzen. Insofern ist es wichtig, dass Einsätze von Kommunen in enger Abstimmung mit den Organisationen des Bundes erfolgen, die qua Mandat für die Durchführung von Entwicklungsprojekten zuständig sind.

Förderung des kommunalen Engagements

Wie kann interkommunales Engagement in der Flüchtlingskrise künftig gezielter gefördert werden? Einen ersten Schritt hat die Bundesregierung mit der Einführung von Finanzinstrumenten unternommen. So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kürzlich ein Programm eingerichtet, um Kommunen mit der Einstellung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für die kommunale Entwicklungspolitik zu unterstützen (siehe Europa kommunal 3/2016, S. 49f.). Die Landeshauptstadt München will eine solche Stelle dafür nutzen, den Schwerpunkt Flucht und Entwicklung thematisch stärker in der Stadtverwaltung zu verankern. Bürgermeister Josef Schmid möchte besonders den Ansatz „Bekämpfung von Fluchtursachen“ als politischen Schwerpunkt setzen.

Die politische und institutionelle Verankerung ist notwendig, um das Engagement in diesem Themenfeld auch langfristig sicherzustellen. Dies schafft eine wichtige Grundlage, um deutsche Kommunen verstärkt für die Herausforderungen der Flüchtlingskrise zu sensibilisieren, die lokale Zivilgesellschaft für eine aktive Beteiligung zu mobilisieren und den Aufnahmekommunen diejenige Unterstützung zu geben, die gebraucht wird, um die Geflüchteten angemessen zu versorgen. ■

Infos

Unterstützung für Kommunen durch Engagement Global:
<https://www.engagement-global.de/>

Internationales Engagement der Landeshauptstadt München:
<https://www.muenchen.de/internationales>

„Flüchtlingshilfe Kavala“ in Nürnberg für griechische Partnerstadt:

Städtesolidarität in Zeiten der Krise

Wesentliches Ziel von Städtepartnerschaften ist nicht nur, einen Beitrag zu Verständigung und Frieden, zum Abbau von Vorurteilen, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu leisten, sondern auch, Solidarität zum Ausdruck zu bringen und der jeweiligen Partnerstadt bei Bedarf zu helfen. In diesem Sinne hat die Stadt Nürnberg ihrer Partnerstadt Kavala im Nordosten Griechenlands im Frühjahr 2016 Unterstützung bei der Versorgung von Flüchtlingen in Kavala angeboten und in den darauffolgenden Monaten realisiert.

Ein Beitrag von
Beate Kreisl

Bereits Anfang März 2016 war der Leiter des Amtes für Internationale Beziehungen der [Stadt Nürnberg](#), Dr. Norbert Schürgers, auf Einladung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nach Nordgriechenland gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Dr. Schürgers zeigte sich beeindruckt von den Anstrengungen, die man auf kommunaler Ebene in Drama und vor allem in Nürnbergs Partnerstadt [Kavala](#) unternahm, um die zahlreichen Flüchtlinge, die jede Woche über die Insel Lesbos im Hafen von Kavala ankamen und nach einem mehr oder weniger kurzen Aufenthalt weiterreisen, angemessen zu versorgen und unterzubringen. In Gesprächen mit der Bürgermeisterin von Kavala, Dimitra Tsanaka, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden mögliche Hilfsaktionen beraten. Auch mit dem „Deutsch-Griechischen Frauentreff“ in Kavala, dessen Mitglieder sich ebenfalls engagiert um Flüchtlinge kümmerten, fanden Gespräche statt.

Spendenauf Ruf des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, hat die vom Amt für Internationale Beziehungen initiierte Aktion „Flüchtlingshilfe Kavala“ unter anderem mit einem Spendenauf Ruf unterstützt. Auch lokale Medien haben ausführlich darüber



Foto: Dr. Norbert Schürgers / Stadt Nürnberg

Kavalas Bürgermeisterin Dimitra Tsanaka (links) schildert dem Redakteur der „Nürnberger Nachrichten“, Wolfgang Heilig-Achneck (rechts), die Flüchtlingssituation in ihrer Stadt

berichtet. Im Rahmen dieser Hilfsaktion und in Kooperation mit der Griechischen Gemeinde und anderen griechischen Vereinen in Nürnberg sowie mit der Nürnberger Stadträtin Alike Alesik, die aus der Umgebung von Kavala stammt, wurde beispielsweise eine ganztägige Informationsveranstaltung zur „Flüchtlingshilfe Kavala“ und Spendensammlung im Herzen der Nürnberger Altstadt mit Musik und griechischen Spezialitäten durchgeführt. Als Höhepunkt und vorläufiger Abschluss der Hilfsaktion fand im Juni 2016 ein Benefizkonzert mit den Nürnberger Symphonikern und einem Rembetiko-Ensemble des Griechischen Kunstclubs Nürnberg, mit Künstlerinnen und Künstlern aus Griechenland sowie Werken griechischer Komponisten und rund 350 Besucherinnen und Besuchern im Musiksaal und Serenadenhof der Kongresshalle statt.

Zur Autorin:

Beate Kreisl ist Mitarbeiterin des Amtes für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg.

Kavalas Vize-Bürgermeister Ilias Kalantariadis und die Leiterin einer sozialen Einrichtung in Kavala, die anlässlich des Benefizkonzerts zusammen mit Bürgermeisterin Dimitra Tsanaka aus Kavala nach Nürnberg gekommen waren, nutzten den Besuch auch zu einer Besichtigung von Flüchtlingsunterkünften – in Nürnberg hielten sich zu diesem Zeitpunkt rund 8.200 Flüchtlinge auf, untergebracht in 188 Einrichtungen, die größtenteils unter kommunaler Trägerschaft standen oder noch stehen. Bei einer Veranstaltung für griechisch-orthodoxe Christen im Mai 2016 in Nürnberg wurde ebenso auf die „Flüchtlingshilfe Kavala“ aufmerksam gemacht und um Spenden gebeten.

Große Spendenbereitschaft in Nürnberg

Das Ergebnis dieser Aktion kann sich durchaus sehen lassen: Für die „Flüchtlingshilfe Kavala“ sind rund 25.000 Euro als Spenden und Verkaufserlös bei der Stadt Nürnberg eingegangen. Zusätzlich wurden 20.000 Euro aus dem Haushalt der Stadt Nürnberg als Grundstock für die Spendenaktion zur Verfügung gestellt. Bemerkenswert ist die Spende eines Vereins, die von dieser Seite und in dieser Höhe nicht erwartet wurde: 2.000 Euro von CONORIS e.V., dem Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Córdoba-Nürnberg. Angeregt durch die Aktion „Flüchtlingshilfe Kavala“ hat ein Nürnberger Ehepaar darüber hinaus 70.000 Euro für ein „Zentrum für Direkte Soziale Intervention“ (CDSI) in Kavala, das die Organisation „The Smile of the Child“ in Kooperation mit der Stadt Kavala errichten möchte und das für die Behandlung und Betreuung von in Not geratenen Kindern gedacht ist, gespendet.

Durch das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei hat sich die Lage zumindest in Kavala erst einmal entspannt – rund ein halbes Jahr lang kamen zweimal wöchentlich jeweils rund 800 Flüchtlinge im Hafen von Kavala an, die durchschnittlich drei bis fünf Tage in Kavala blieben. In dieser Zeit waren täglich weit mehr als 1.000 Flüchtlinge, die zunächst in Messegebäuden in Kavala, später dann in provisorischen Armee-Unterkünften untergebracht waren, zu versorgen. Die Zahl der zukünftig in Kavala zu versorgenden Flüchtlinge hängt nicht zuletzt vom Fortbestand des EU-Türkei-Abkommens und insbesondere der weiteren Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten ab.

Aber auch ohne nennenswerte Flüchtlingszahlen in Kavala bleibt die Umsetzung städte-



Foto: Beate Kreis / Stadt Nürnberg

Die Nürnberger Stadträtin Alike Alesik (links), die aus der Umgebung von Kavala stammt, beteiligte sich aktiv an der Aktion „Flüchtlingshilfe Kavala“ und sammelte mit ihrer Tochter fleißig Spenden ein

partnerschaftlicher Projekte und Austauschaktivitäten in absehbarer Zeit schwierig. Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland und ihre sozialen Folgen hatten und haben auch Auswirkungen auf Kavala, und die Versorgung der Flüchtlinge hat zusätzlich große Lücken im städtischen Haushalt hinterlassen. So ist ungewiss, ob Projekte wie etwa ein Konzert der Nürnberger Symphoniker im antiken Theater von Philippi – dieser Ortsteil von Kavala wurde im Sommer 2016 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen – oder weitere technische Hilfsmaßnahmen für Kavala realisiert werden können, selbst wenn die Stadt Nürnberg Sondermittel bereitstellt.

Städtepartnerschaft von Nürnberg und Kavala

Der Abschluss der [Städtepartnerschaft zwischen Kavala und Nürnberg](#) im Juni 1999 geht übrigens nicht nur auf die erwähnte Nürnberger Stadträtin aus der Umgebung von Kavala zurück. Für die Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung war insbesondere ausschlaggebend, dass rund 12.000 Bürgerinnen und Bürger mit griechischen Wurzeln in Nürnberg leben und nicht wenige griechische Nürnbergerinnen und Nürnberger aus dem Norden und Osten Griechenlands stammen.

In den ersten zehn Jahren dieser Städtepartnerschaft standen touristische Aktivitäten, zum Beispiel die alljährliche Beteiligung von Kavala an der Freizeit Messe Nürnberg, und kulturelle Projekte im Mittelpunkt. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland verlagerte sich der Schwerpunkt zunehmend auf fachliche Zusammenarbeit sowie Austausch zwischen verschiedenen Berufsgruppen und zu unterschiedlichen Themen – auch wenn weiterhin immer wieder „klassische“ Partnerschaftsaktivitäten wie kulturelle Veranstaltungen stattfinden. So hat die Stadt Nürnberg der griechischen Partnerstadt und der Gemeinde Thassos auf



Foto: DIMOFELIA.Archiv

Über ein halbes Jahr lang kamen wöchentlich mehr als 1.600 Flüchtlinge im Hafen von Kavala an

der benachbarten Insel vor einigen Jahren drei Feuerwehrfahrzeuge geschenkt, und in diesem Jahr wurden die ersten von mehr als 50 Pflegebetten eines Seniorenheims der Stadt Nürnberg einem städtischen Seniorenheim in Kavala unentgeltlich überlassen. Darüber hinaus wurden und werden verschiedene Projekte, zum Beispiel im Bereich Berufliche Bildung und teilweise mit Mitteln aus EU-Programmen, geplant und durchgeführt.

Bereits 1998 wurde [„Philos e.V.“](#), der Verein zur Förderung der Partnerschaft Nürnberg-Kavala, in Nürnberg gegründet. Dieser Partnerschaftsverein veranstaltet Ausstellungen, Konzerte oder Vorträge, beteiligt sich an Veranstaltungen und Projekten des Amtes für Internationale Beziehungen zum Beispiel mit der Betreuung der „Kavala-Bude“ auf dem alljährlichen „Markt der Partnerstädte“ und hat schon mehr als 150 Computer für verschiedene Einrichtungen in Kavala und auf Thassos gesammelt.

Die Partnerschaft mit Kavala war für die Stadt Nürnberg nicht zuletzt auch ein Anlass,

im Jahr 2013 die vierte Deutsch-Griechische Versammlung, die auf eine Vereinbarung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou aus dem Jahr 2010 zurückgeht, als Gastgeber und Mitveranstalter in Nürnberg zu organisieren. ■

Infos

Stadt Nürnberg:

<http://www.nuernberg.de>

Stadt Kavala:

<http://www.kavalagreece.gr/en/>

Informationen der Stadt Nürnberg zur Partnerschaft mit Kavala:

https://www.nuernberg.de/internet/international/kavala_home.html

Philos e.V. – Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Nürnberg-Kavala:

<http://www.philos-nuernberg.de/>

Die Europäische Union und die Flüchtlingskrise

Neues Factsheet erschienen

In den letzten beiden Jahren hat Europa die größte Migrationswelle seit dem zweiten Weltkrieg erlebt. Mehr als eine Million Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten sind in die Europäische Union gekommen. Der Großteil von ihnen flieht vor Krieg und Terror in Syrien und anderen Konfliktgebieten. Die zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang immer wieder gestellt werden, sind: Was bedeutet die Flüchtlingskrise? und Was tut die EU?

In dem neuen Factsheet „Die EU und die Flüchtlingskrise“ geht die Europäische Kommission diesen Fragen auf den Grund und stellt eine Reihe von Maßnahmen vor, die die EU angesichts der Krise beschlossen hat. Vorgestellt werden neben der humanitären Hilfe und der Bekämpfung von Fluchtursachen erste Schritte zur Umverteilung von bereits in der EU befindlichen

Asylbewerberinnen und -bewerber, die Neuansiedlung schutzbedürftiger Menschen aus Nachbarländern, die Rückführung von Personen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, sowie die Sicherung der Außengrenzen.

Das Factsheet „Die EU und die Flüchtlingskrise“ steht als html- und als PDF-Fassung im Internet zur Verfügung. Die Publikation kann zudem als gedruckte Broschüre kostenlos bestellt werden.

Factsheet „Die EU und die Flüchtlingskrise“:

<http://bookshop.europa.eu/de/die-eu-und-die-fluechtlingskrise-pbNA0416628/>



Städtepartnerschaft zwischen Rheine und Borne in den Niederlanden:

Reger Fachaustausch zu Migration und Integration

Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen ist für Städte und Gemeinden gesetzlicher Auftrag und humanitäre Verpflichtung zugleich. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Rheine und ihrer niederländischen Partnerstadt Borne diskutieren mittlerweile regelmäßig darüber, wie die aktuellen Herausforderungen von Migration und Integration vor Ort, aber auch im europäischen Kontext bewältigt werden können.

Ein Beitrag von
Wiebke Gehrke



Foto: Stadt Rheine

Rheines Beigeordneter Raimund Gausmann (Mitte), AZC-Einrichtungsleiter Remko Kootstra (rechts), Bornes Beigeordneter Martin Velten (links) sowie die Mitarbeitenden der zuständigen Fachabteilungen aus Rheine und Borne tauschen sich bei einem Besuch im Asielzoekerscentrum (AZC) aus

Die Partnerschaft zwischen [Rheine](#) und [Borne](#) besteht seit 1983. Die Gemeinde Borne hat rund 22.000 Einwohnerinnen und Einwohner und liegt in der Provinz Overijssel und damit knapp 60 Kilometer vom nordrhein-westfälischen Rheine entfernt. Durch die Nähe beider Städte zählt die älteste Städtepartnerschaft Rheines auch zu einer sehr aktiven. Ein regelmäßig stattfindender Austausch der Grundschulen, gemeinsame Klimaschutzprojekte und vielfältige Vereinsbegegnungen auf sportlicher und kultureller Ebene prägen die Zusammenarbeit.

Inzwischen haben auch zwei interkommunale Treffen zur Situation der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen stattgefunden. Und die Beteiligten sind sich einig, dass trotz der teils unterschiedlichen Asylpolitik beider Länder die Arbeit an der Basis, für und mit den geflüchteten Menschen, die gleichen

Ziele verfolgt. Dazu zählen insbesondere der Spracherwerb und die Orientierung im Alltag, woran sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden haupt- und ehrenamtliche Kräfte Hand in Hand arbeiten. Es gibt jedoch auch einige Unterschiede, was bereits in Zahlen deutlich wird. Im Jahr 2015 ersuchten in den Niederlanden insgesamt 26.000 Menschen um Asyl, allein in Nordrhein-Westfalen waren es 232.000 Menschen.

Zentrale Unterbringung in den Niederlanden

Anders als in Deutschland leben Flüchtlinge in den Niederlanden bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag in zentralen Unterbringungseinrichtungen, die von der Organisation „Centraal Orgaan opvang Asielzoekers“ (COA) im Auftrag des nieder-

Zur Autorin:

Wiebke Gehrke ist Leiterin der Fachstelle Migration und Integration der Stadt Rheine.

ländischen Sicherheits- und Justizministeriums betrieben werden. Ein solches „Asielzoekerscentrum“ (AZE) besuchten kürzlich Vertreterinnen und Vertreter der Fachstelle Migration und Integration der Stadt Rheine gemeinsam mit dem zuständigen Beigeordneten Raimund Gausmann, der für die Bereiche Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Migration und Integration verantwortlich ist.

Martin Velten als zuständiger „Wethouder“ auf Borner Seite und mit vergleichbaren Zuständigkeiten ausgestattet wie ein Beigeordneter begrüßte das Team aus Rheine in den Räumlichkeiten des AZE Borne. Einrichtungsleiter Remko Kootstra stellte das AZE im Rahmen eines Rundgangs vor. Das ehemalige Klostergebäude aus dem Jahr 1952 wird bereits seit 1992 als Wohnzentrum für Asylbewerberinnen und -bewerber genutzt. Das Zentrum war jedoch aufgrund schwankender Zuwanderungszahlen auch für einige Jahre geschlossen, bevor es 2011 seinen Betrieb wieder aufnahm. Platz gibt es dort für 375 Menschen; die Unterbringung erfolgt in Doppel- und Mehrbettzimmern, Küchen und Sanitärräume werden gemeinschaftlich genutzt. In Familienzimmern leben zum Teil bis zu acht Personen. Auf so begrenztem Raum ein Familienleben zu gestalten, sei sehr schwierig, wie eine ehrenamtlich engagierte Frau den Gästen erläuterte. Für sie sei es daher wichtig, mit den Kindern etwas zu unternehmen, damit die Enge durchbrochen und das Kennenlernen der Umgebung etwa bei einem Besuch der Bibliothek ermöglicht werde. Auch für die Niederländer hat freiwilliges Engagement Tradition und wird gleichermaßen wie in Deutschland als entscheidender Faktor für eine gelingende Integration angesehen. „Ehrenamtliche stellen für uns das Bindeglied zum Gemeinwesen dar“, betonte Beigeordneter Raimund Gausmann.

Dezentrale Unterbringung in Rheine

Die Dauer der Asylverfahren ist in beiden Ländern unterschiedlich. In den Niederlanden variiert die Verfahrensdauer von drei Monaten bis hin zu mehreren Jahren. Dass die Asylsuchenden in dieser Zeit ausschließlich in zentralen Unterbringungseinrichtungen leben, stellt einen entscheidenden Unterschied zu Deutschland und zu der in Rheine gelebten Praxis dar. Die Stadt hat die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden bereits seit vielen Jahren als einen entscheidenden Erfolgsfaktor in ihrem Migrations- und Integrationskonzept fest-



Foto: Stadt Rheine

In Rheine sollen Flüchtlinge aus den städtischen Unterkünften möglichst rasch in Wohnungen umziehen, um die Integration zu fördern

geschrieben. Diese Form der Wohnunterbringung sichert die Nähe zu Versorgungs-, Bildungs- und Infrastruktureinrichtungen und stößt zudem in der Bevölkerung auf eine gute Akzeptanz.

Angesichts einer Verdreifachung der Flüchtlingszuweisungen von 2013 bis 2015 musste die Stadt Rheine ihr dezentrales Unterbringungskonzept kurzfristig erweitern. „Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge werden wenn möglich immer mit Begegnungsräumen für Sprachkurse und andere Aktivitäten ausgestattet“, erklärte Raimund Gausmann den niederländischen Kollegen bei ihrem Besuch im Mai 2015 in Rheine. Auch das Vorhandensein eines Beratungsbüros der Fachstelle mit regelmäßigen Sprechzeiten eines Sozialarbeiters ist der Stadt Rheine immens wichtig. In einem solchen Büro arbeitet Khalihlana Razgui, einer von insgesamt zwölf städtischen

Migration und Integration in Rheine

Zuständigkeiten in Fachstelle gebündelt

Seit dem 1. Mai 2016 hat die Stadt Rheine Zuständigkeiten gebündelt und in einer Fachstelle Migration und Integration zusammengefasst. Dazu gehören die finanziellen Hilfen für Asylbewerberinnen und -bewerber und die rechtlichen Angelegenheiten in Form der Ausländerbehörde, die die Stadt Rheine als große kreisangehörige Stadt selbst vorhält. Zum Team zählen auch die sozialarbeiterischen Fachkräfte, die sich um die Wohnunterbringung, die Erstorientierung im Alltag (Einkaufen, Ärzte, Sparkasse, Kita, Schule), Sprachkurse und Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe durch Ehrenamtliche kümmern. Teils haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst einen Migrationshintergrund und können ihr Wissen über kulturelle Besonderheiten und ihre Sprachkenntnisse in die Arbeit einbringen. Ein Hausmeisterteam für die städtischen Wohnunterkünfte für Asylbewerberinnen und -bewerber vervollständigt das Team. Eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe erörtert in zweiwöchigem Rhythmus alle flüchtlingsrelevanten Themen wie etwa Fragen der Wohnraumentwicklung. Im Falle eines erneut drastischen Anstiegs der Flüchtlingszuweisungen ist diese Arbeitsgruppe auch Basis eines Krisenstabs.



Foto: Stadt Rheine

Andre Tieman und Martin Velten aus Borne wurden in Rheine von Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann, dem Beigeordneten Raimund Gausmann und der Leiterin der Fachstelle Migration und Integration, Wiebke Gehrke, über die Flüchtlingssituation in Rheine informiert (v. links)

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die für die Flüchtlinge erste Ansprechpartner und Lotsen auf dem Weg in einen selbstständigen Alltag in Rheine sind.

Das von ihm vorgestellte Konzept der dezentralen Beratungsarbeit nahmen die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde Borne interessiert auf. Denn dort beginnt man jetzt mit dem Aufbau von Strukturen für die Wohnunterbringung und Integration der Flüchtlinge. Borne rechnet damit, im Jahr 2015 Wohnraum für rund 50 anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber zur Verfügung stellen zu müssen. Trotz der überschaubaren Gemeindegröße geht es den Bornensern auch darum, Ghettoisierung zu vermeiden und durch gute Rahmenbedingungen den sozialen Frieden zu sichern.

Betreuung und Integration der Flüchtlinge

Viele Gemeinsamkeiten in der Betreuung von Flüchtlingen zeigten sich auch in der Alltagsgestaltung. So gibt es auf beiden Seiten Sprachkursangebote auch für diejenigen, die das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen haben. Auch die Mobilität spielt eine wichtige Rolle. Das AZE in Borne unterhält eine Fahrradwerkstatt, in der die Flüchtlinge selbst mitarbeiten können. In Rheine erfolgt eine enge Kooperation mit der örtlichen Kolpingfamilie, wo ein engagiertes und handwerklich geschicktes Team es sich zur Aufgabe gemacht hat, alte Fahrräder aufzubereiten und den Flüchtlingen für einen fairen Preis zur Verfügung zu stellen.

Beeindruckt zeigten sich die Rheinenser besonders von dem im AZE in Borne eingerichteten Internetcafé. Sie wollen die Idee auch in Rheine umsetzen. Die eingerichteten PC-Arbeitsplätze werden für Sprachkurse und Bewerbungstrainings genutzt. Sie sind

aber neben dem Smartphone ein wichtiges Kommunikationsmittel mit Angehörigen und Freunden in der zurückgelassenen Heimat. Der Kontakt zur Familie, die möglicherweise noch in Kriegs- oder Krisengebieten lebt, hat eine extrem hohe Bedeutung. Diese Sorgen und Ängste bestimmten den Alltag vieler Flüchtlinge und ließen es auch manchmal gar nicht zu, die neue Sprache zu lernen oder zu arbeiten – eine Erfahrung, die die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter beider Länder teilen.

Der Erfolg der Integration wird maßgeblich von den Faktoren Wohnen, Sprache, Arbeit und Partizipation abhängen, so das Fazit der Städtepartner. So schauen die deutsch-niederländischen Fachkolleginnen und -kollegen in die gleiche Richtung, wenn es darum geht, eine der aktuellsten Herausforderungen der Zeit zu bewältigen. In losem Abstand sind weitere Treffen geplant, um den Fachaustausch zu vertiefen. Die notwendige Anpassung von Verwaltungsstrukturen oder die Aktualisierung bestehender Integrationskonzepte bietet dazu hinreichend Gesprächsstoff. ■

Infos

Stadt Rheine:

☞ <https://www.rheine.de>

Städtepartnerschaften der Stadt Rheine:

☞ <https://www.rheine.de/kunden/staedtepartnerschaftsverein/page.php?type=text1&id=37>

Flüchtlinge in der Stadt Rheine:

☞ <https://www.rheine.de/staticsite/staticsite.php?menuid=1454&topmenu=673>

Gemeinde Borne:

☞ <http://www.borne.nl/>

Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Litauen in Lauingen:

Migration früher und heute erlebbar gemacht

Unter dem Titel „Europa gestalten – Welches Europa wollen wir?“ fand im September 2015 im Landkreis Dillingen a.d. Donau ein Seminar für Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Litauen statt. Im Rahmen des einwöchigen Treffens, das von der Stadt Lauingen (Donau), dem Partnerschaftsverein Lauingen e.V. und der Europäischen Akademie Bayern organisiert wurde, befassten sich die Jugendlichen unter anderem mit dem Thema „Flucht und Migration“.

Ein Beitrag von
Christian Müller

Weniges an dieser Woche hat die Schülerinnen des Lycée Bourg Chevreau Sainte Anne in Segré so beeindruckt, wie die Schilderungen der jungen Männer, die durch die Wüste und über das Mittelmeer nach Europa geflohen sind. In eindrücklichen Worten schilderten sie in einem Nebenraum des Lauinger Kolpinghauses die von ihnen durchgestandenen Entbehrungen. Nur die Lebensgeschichte von Johann Remiger war für die 17-jährigen Mädchen aus Frankreich vielleicht eine noch größere Überraschung. Denn ihnen war die Geschichte der Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem zweiten Weltkrieg zuvor überhaupt nicht bewusst. Eindringlich aber ohne Bitterkeit erzählte der in Lauingen aufgewachsene Rentner von seinen ersten Jahren im Landkreis Dillingen und von den Schmähungen, die er damals als „Flüchtlingsbub“ in der Schule und in der Freizeit ertragen musste.

Trilaterales Jugendtreffen

Diese und weitere Begegnungen wurden durch das Seminar „Europa gestalten – Welches Europa wollen wir?“ möglich, das im September 2015 im Landkreis Dillingen stattfand. Träger des Seminars war aber die [Stadt Lauingen \(Donau\)](#), die bei der Organisation der Begegnung tatkräftig vom Partnerschaftsverein Lauingen e.V. unterstützt wurde. Ziel des Seminars war es, die teilnehmenden Jugendlichen für die Bedeutung



Foto: Stadt Lauingen (Donau)

Die Jugendlichen waren beeindruckt von den Schilderungen einiger Flüchtlinge, die 2015 im Landkreis Dillingen aufgenommen wurden

der Zusammenarbeit der Länder Europas zu sensibilisieren und ihnen die Werte Europas und die Möglichkeiten internationaler Kooperation bei der Lösung aktueller Probleme und Krisen bewusst zu machen. Ein besonderes Gewicht hatte dabei das aktuelle Thema der fortschreitenden Migration.

An dem Seminar nahmen Jugendliche aus der französischen Stadt Segré teil, die mit der Stadt Lauingen (Donau) seit mehr als 25 Jahren durch eine Städtepartnerschaft verbunden ist. Über die Kontakte der innerdeutschen Partnerschaft mit dem Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf konnten zudem Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Vincentas Borisevicus im litauischen Telšiai für dieses Jugendseminar gewonnen werden. Untergebracht waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Schulandheim in Bliensbach.

Zum Autor:

Christian Müller ist Teilbereichsleiter für Kultur und Sport der Stadt Lauingen (Donau).

Fachliche Unterstützung kam von der Europäischen Akademie Bayern. Sie organisierte Besuche und Projektarbeiten im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in München, im Dokumentationszentrum der NS-Verbrechen im ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg sowie im Nürnberger Volksgerichtshof. Die Europäische Akademie Bayern leitete außerdem die Zusammenfassung der Projektarbeiten und der Erkenntnisse der Teilnehmenden zu einer Reihe von Präsentationen, die während des Abschlussabends des Seminars vorgestellt wurden.

Während eines Projekttages in Lauingen wurden die Jugendlichen über die Auswirkungen verschiedener Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte auf eine mitteleuropäische Kleinstadt wie Lauingen mit 11.000 Einwohnerinnen und Einwohnern informiert. Dazu fand zunächst im Festsaal des Rathauses eine Präsentation zur Geschichte und zur aktuellen wirtschaftlichen und kulturellen Situation Lauingens statt. Bürgermeister Wolfgang Schenk informierte die jungen Leute auch über den Umfang und die Unterbringung der in Lauingen aufgenommenen Flüchtlinge (168 am Tag der Präsentation) und über die Arbeit des Helferkreises Asyl und Migration, in dem sich engagierte Lauinger Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen haben. Nach dem Empfang im Rathaus bestiegen die Jugendlichen den „Lauinger Schimmelturm“ – das Wahrzeichen der Stadt – und verschafften sich so – im wörtlichen Sinn – einen Überblick über Lauingen.

Interviews zu Flucht und Migration

Dann kam der für die jungen Leute spannendste Teil des Tages. Im Lauinger Kolpinghaus konnten die Teilnehmenden Interviews mit Migrantinnen und Migranten unterschiedlichster Herkunft führen, die in den vergangenen Jahrzehnten, Jahren oder – im Fall der aktuellen Flüchtlingsbewegung – Monaten in Lauingen Aufnahme gefunden haben. Zu den Interviewpartnerinnen und -partnern gehörten Assunta Pennacchia, die in den 1960er-Jahren als „Gastarbeiterin“ aus Italien nach Deutschland gekommen war, sowie Mustafa Otuk, dessen Vorfahren aus der Türkei stammen. Seine Großeltern waren ebenfalls Ende der 1960er-Jahre als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und fanden hier ihre neue Heimat. Mustafa Otuk ist einer von insgesamt



Foto: Stadt Lauingen (Donau)

etwa 1.000 Lauingerinnen und Lauinger mit türkischen Wurzeln. Er gehört der Islamischen Gemeinde Lauingen an, die bereits 1996 als erste derartige Gemeinde in Bayern eine Moschee mit Minarett erbaut hat, die heute zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten der Stadt gehört.

Weitere Interviews führten die Jugendlichen mit Mosa Trouré und Tesfazion Habte, zwei jungen Männern aus Eritrea, die 2015 über Nordafrika und das Mittelmeer bis nach Deutschland gekommen sind, sowie mit Oumar Sow und einem weiteren Flüchtling aus dem Senegal, die ebenfalls kürzlich im Landkreis Dillingen Aufnahme gefunden haben.

Die Befragungen fanden in gemischten Interviewteams mit Jugendlichen aus den unterschiedlichen Ländern statt. Die Fragen waren zum Teil zuvor in einem Workshop erarbeitet worden, zum Teil wurden sie spontan gestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren etwa freudig überrascht von den Erzählungen Recep Otuks, als dieser berichtete, seine Großeltern seien noch häufig in die Türkei zurückgekehrt und hätten diese weiterhin als ihre Heimat betrachtet. Seine Eltern seien zwischen beiden Ländern hin- und hergependelt, ohne zu wissen, wo ihre Heimat war. Er jedoch – in der dritten Generation in Deutschland – betrachte Deutschland als seine Heimat und die Türkei nur noch als Urlaubsland.

Die Gespräche hinterließen einen tiefen Eindruck bei den jungen Europäerinnen und Europäern. Die Schülerinnen aus Frankreich beschrieben vor allem die Vertreibung der Sudetendeutschen als Teil der europäischen Geschichte, von der in ihrer Heimat wenig bekannt sei. Umso mehr freuten sie sich zu hören, dass der einst als „Flüchtlingsbub“ beschimpfte Johann Remiger längst im Landkreis Dillingen seine neue Heimat gefunden hat.

Im Rahmen des Seminars befassten sich junge Leute aus Deutschland, Frankreich und Litauen gemeinsam mit Fragen von Flucht und Migration

Infos

Stadt Lauingen (Donau):

☞ <http://www.lauingen.de/>

Städtepartnerschaften der Stadt Lauingen (Donau):

☞ <http://www.lauingen.de/index.php?id=298>

EU-Projekt „EASY Towns“ mit Beteiligung der Stadt Pforzheim:

Voneinander lernen bei Integration und Partizipation

Die Stadt Pforzheim nimmt als einzige deutsche Kommune an dem EU-Projekt „EASY Towns – European Accessible Sustainable Young Towns“ teil. Das Projekt widmet sich den Themen Integration, kulturelle Vielfalt und Partizipation von Jugendlichen. Es wird im Rahmen des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ gefördert und läuft noch bis Ende 2017.

Ein Beitrag von
Susanne Schreck

Auf Einladung ihrer italienischen Partnerstadt Vicenza beteiligt sich die [Stadt Pforzheim](#) gemeinsam mit weiteren zehn Städten aus zehn europäischen Ländern an dem Projekt [„EASY Towns – European Accessible Sustainable Young Towns“](#). Im Rahmen des Projektes werden unter anderem folgende Fragen behandelt: Wie nimmt die Bürgerschaft kulturelle Vielfalt und Integration wahr? Wie beurteilt sie die lokale, nationale und EU-Politik in diesem Bereich? Wie könnte die Bürgerschaft – besonders die junge Generation – besser einbezogen werden? Und: Wie kann man Toleranz und Respekt fördern? Diese Fragen sind auch in der Stadt Pforzheim aktuell, die laut den statistischen Erhebungen des Zensus 2011 mit 47 Prozent bundesweit den zweithöchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hat.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Bei der Kick-off-Veranstaltung des Projekts im Herbst 2015 in Belgien staunte die Pforzheimer Delegation daher zunächst auch, als ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem spanischen Alfàs del Pi davon sprachen, dass der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in ihrer Stadt bei über 51 Prozent liegt. Während aber die Zuwanderinnen und Zuwanderer in Pforzheim in den letzten Jahren vorwiegend aus Ost- oder Südosteuropa sowie aus den Krisengebieten des Iraks und Syriens kamen, stellt sich die Situation in Spanien ganz anders dar. Alfàs del Pi ist eine attraktive



Foto: Stadt Pforzheim

In dem EU-Projekt zur Integration und Partizipation kommt Jugendlichen eine zentrale Rolle zu

Küstenstadt in der Provinz Alicante. Die dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind überwiegend Ruheständlerinnen und Ruheständler aus Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien. Die polnischen Kolleginnen und Kollegen riefen sich bei diesen Zahlen ebenfalls verwundert die Augen und sprachen von „ein paar Menschen“ aus der Ukraine, Tschechien, Ägypten und Nigeria in ihrer Heimatgemeinde.

Nach dem ersten überraschenden Einblick, wie unterschiedlich die Zahl und Herkunft der Migrantinnen und Migranten in den einzelnen Ländern ist, konnten auch viele Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Was alle Projektpartner einte, war der Wunsch, sich den Herausforderungen – insbesondere im Hinblick auf die hohe Anzahl an Flüchtlingen – zu stellen, voneinander zu lernen und die Chancen zu ergreifen, die sich durch zugewanderte oder zugezogene Menschen ergeben. Dazu gehört, gute Beispiele auszutauschen, wie diese Menschen empfangen, gefördert

Zur Autorin:

Susanne Schreck ist Städtepartnerschaftsbeauftragte der Stadt Pforzheim.



Foto: Gemeinde Heist-op-den-Berg

Zum Auftakt des EU-Projektes „EASY Towns“ trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Kommunen im Oktober 2015 im Rathaus der belgischen Gemeinde Heist-op-den-Berg

und zu einer aktiven Rolle in der Gemeinschaft motiviert und befähigt werden können. Und dazu gehört auch, zu überlegen, welche Herausforderungen und Möglichkeiten sich der Gesellschaft bieten, und welche guten Wege und zündenden Ideen es dazu gibt.

munen in der Stadt Pforzheim stattfinden. Der Schwerpunkt wird dann auf den Themen Partizipation und Jugend liegen. Neben einer Vernetzung von Jugendgemeinderäten sollen gute Projekte und Ideen für eine gelingende Integration vorgestellt werden. ■

Kreativwettbewerb für Jugendliche

Da die Sicht von Jugendlichen und ihre Ideen ein wichtiger Bestandteil des Projektes sind, wurde in allen Städten mit dem [„Creativity Contest“](#) ein Kreativwettbewerb zum Thema „Kulturelle Vielfalt und Integration von und für junge Menschen“ ausgeschrieben, bei dem sich junge Menschen einbringen können.

Das EU-Projekt „EASY Towns – European Accessible Sustainable Young Towns“ wird im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ von der Europäischen Union gefördert und läuft noch bis Ende des Jahres 2017. Im Oktober 2016 wird das dritte internationale Treffen aller beteiligten Kom-

Infos

Stadt Pforzheim:

<http://www.pforzheim.de/>

EU-Projekt „EASY Towns“:

<http://www.easytowns.eu/>

EU-Projekt „EASY Towns“ in der Stadt Pforzheim:

<https://www.pforzheim.de/buerger/rathaus/europa-und-partnerstaedte/eu-projekte/easy-towns-20152016.html>

„Creativity Contest“ in der Stadt Pforzheim:

<https://www.pforzheim.de/buerger/rathaus/europa-und-partnerstaedte/eu-projekte/easy-towns-20152016/creativity-contest.html>

Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperation

Projektwerkstatt „Flucht, Asyl und Migration in Europa“

Die Flüchtlingskrise stellt Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Sie sind gefordert, gangbare Wege zur Integration der Geflüchteten zu finden und gleichzeitig Fluchtursachen zu bekämpfen. Welchen Mehrwert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hinblick auf diese Fragen bietet, wird in der Projektwerkstatt „Flucht, Asyl und Migration“ diskutiert, die vom 2. bis 4. November 2016 bei der Evangelischen Akademie Loccum veranstaltet wird.

Die Werkstatt soll zur Vernetzung zwischen Kommunen, Einrichtungen, Vereinen und Organisationen anregen und zielt darauf ab, konkrete Projektideen anzustoßen und weiterzuentwickeln. Zudem bietet sie Informationen über die

EU-Programme „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“, „Erasmus+ Erwachsenenbildung“ sowie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

Die Projektwerkstatt ist eine gemeinsame Veranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum, JUGEND für Europa – Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION, der NA BIBB – Bildung für Europa und der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist bis 7. Oktober 2016 möglich.

Programm und Anmeldung zur Projektwerkstatt:

<http://www.loccum.de/p16141.pdf>

Rede von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker:

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Im Rahmen seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine schonungslose Zustandsbeschreibung der Europäischen Union abgegeben und mehr Einheit und Gemeinsamkeit der EU-Mitgliedstaaten gefordert. Er präsentierte eine „positive Agenda“ konkreter europäischer Maßnahmen für das kommende Jahr, mit der er die EU aus der Krise führen will.

Ein Beitrag von
Walter Leitermann



Foto: European Union 2016 / Etienne Ansotte

Für seine zweite Rede zur Lage der Union erhielt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker viel Zuspruch – vor allem von den EU-Abgeordneten der beiden größten Fraktionen der Christdemokraten und Sozialdemokraten

Jean-Claude Juncker, seit November 2014 Präsident der Europäischen Kommission, hat am 14. September 2016 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg seine **zweite Rede zur Lage der Union** gehalten. Juncker stimmte seine Zuhörerinnen und Zuhörer gleich zu Beginn darauf ein, dass das, was er ihnen über den Zustand der Union zu berichten hat, nicht erfreulich sein wird. Er verwies darauf, dass er vor einem Jahr am selben Ort, als er seine erste Rede zur Lage der Union hielt, davon sprach, dass die Union in keinem guten Zustand sei. Jetzt, so Juncker, befindet sich die Europäische Union „zumindest teilweise in einer existenziellen Krise“.

Junckers Befund basiert auf fünf Beobachtungen: Nie zuvor gab es „so wenige Gemeinsamkeiten zwischen unseren Mitgliedstaaten“, nie zuvor wurde von den Spitzenpolitikerinnen und -politikern nur über innenpolitische Probleme gesprochen

und dabei Europa nur beiläufig erwähnt, nie zuvor gab es so wenige inhaltliche Schnittpunkte zwischen der EU und den Regierungen in den Mitgliedstaaten, nie zuvor waren nationale Regierungen „derart von populistischen Kräften geschwächt und von drohenden Wahlniederlagen geschwächt“ und nie zuvor gab es „so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union“.

Positive Agenda konkreter Maßnahmen

Für Juncker ist die Lage ernst, aber nicht hoffnungslos. Was jetzt noch hilft, ist laut Juncker „Sinn für Realität und große Ehrlichkeit“. Dazu gehört für ihn unter anderem die Bereitschaft, für die bestehenden Probleme endlich „konkrete Lösungen“ zu finden und – ein Seitenhieb auf die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten (?)

Zum Autor:

Walter Leitermann ist stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

– nicht zu glauben, man könne die Probleme mit einer weiteren Rede oder einem weiteren Gipfel lösen. Um in diesem Sinne voranzukommen, präsentierte der Kommissionspräsident einen Katalog europäischer Maßnahmen („eine positive Agenda“) für die nächsten zwölf Monate, dem er fünf Ziele zuordnet: „Ein Europa, das beschützt, ein Europa, das die europäische Lebensweise bewahrt, ein Europa, das die Bürgerinnen und Bürger stärkt, ein Europa, das sich nach innen wie nach außen verteidigt und ein Europa, das Verantwortung übernimmt.“

Die europäische Lebensweise definiert sich laut Juncker vor allem durch einen Wertekanon. Der Bezug auf diesen Kanon bietet ihm die Gelegenheit, eine ganze Reihe von aktuellen Themen abzuhandeln, die derzeit die europapolitische Debatte bestimmen. Zum EU-Wertekanon gehören laut Juncker die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (eine Botschaft an die Briten?), der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus, ein „klares „Nein“ zur Todesstrafe (eine Botschaft an die Türkei?) und eine „unabhängige, funktionierende Justiz“ (eine Botschaft an Polen?). Dazu gehört aber auch, „dass wir offen sind und mit unseren Nachbarn handeln, statt mit ihnen Krieg zu führen“. Damit ist Juncker zwanglos bei der Debatte um die beiden Freihandelsabkommen TTIP mit den USA und CETA mit Kanada angekommen, die er mit dem Hinweis verteidigt, dass Handel Arbeitsplätze bedeutet und jeder siebte Arbeitsplatz in der EU von Exporten in Drittländer abhängt.

Weitere EU-Themen und Vorhaben, die sich aus der Werteordnung der EU ableiten lassen, sind der Datenschutz, denn „in Europa spielt der Schutz der Privatsphäre eine Rolle“ und „das ist eine Frage der Menschenwürde“, die Entsenderichtlinie, die gleiche Arbeit am gleichen Ort zu gleichem Lohn garantiert, denn „Europa ist nicht der Wilde Westen, sondern eine soziale Marktwirtschaft“ so Juncker, und der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer zunehmend globalisierten Welt durch Antidumpingmaßnahmen und Antisubventionsmaßnahmen.

Unter der Losung „Die Europäische Union sollte nicht nur die europäische Art zu leben bewahren, sondern auch diejenigen bestärken, die sie leben“ fallen Ankündigungen, die sich auf die Bereiche der Digitalisierung, mehr Investitionen für Europa, die Vervollständigung der Kapitalmarktunion und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beziehen. So will die Europäische Kommission einen neuen Rechtsrahmen schaffen, der Investitionen in



Foto: European Union 2016 / Etienne Ansotte

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beschrieb die Lage der Union als ernst, aber nicht hoffnungslos

Netze und Anschlüsse möglich und attraktiv macht, die Mobilfunktechnik der Fünften Generation (5G) für ganz Europa bereitstellen und „bis 2020 die wichtigsten öffentlichen Orte jedes europäischen Dorfes und jeder europäischen Stadt mit kostenlosem WLAN-Internetzugang“ ausstatten.

Den im Jahr 2015 auf Initiative Junckers geschaffenen Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) will Juncker ausbauen, Laufzeit und Finanzierungskapazität sollen verdoppelt werden. Damit wird EFSI bis 2020 laufen und soll in diesem Zeitraum ein Investitionsvolumen in Höhe von mindestens 500 Milliarden Euro anstoßen. Juncker rechtfertigt die „Aufrüstung“ des EFSI mit dem Erfolg, den er in den ersten zwölf Monaten gezeitigt hat. Im ersten Jahr des Bestehens wurden bereits Investitionen in Höhe von 116 Milliarden Euro mobilisiert, mehr als 200.000 kleine Unternehmen und Start-up-Firmen in ganz Europa haben Darlehen erhalten und über 100.000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, so Junckers Erfolgsbilanz.

Beim Thema Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa sind der Europäischen Kommission zwar insofern die Hände gebunden, als – wie Juncker zu Recht anmerkt – dies „in erster Linie Aufgabe der nationalen Regierungen ist“, aber unterstützen kann und will die Kommission diese Aufgabe schon. Hierfür stehen die EU-Jugendgarantie und das Erasmus-Programm als flankierende Maßnahmen zur Verfügung.

Der Appell zu mehr Gemeinsamkeit durchzieht die Rede des Kommissionspräsidenten zur Lage der Union. „Gemeinsam“ ist auch das letzte Wort in seiner Rede. Dazu passt ein Bild, das Juncker darin verwendet: „Europa ist wie ein aus vielen Schnüren gedrehtes Seil. Es hält nur, wenn alle – die EU-Organe, die nationalen Regierungen und die nationalen Parlamente – am selben Strang und in die gleiche Richtung ziehen.“

Infos

Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union vom 14. September 2016:

☞ http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm

Eine kommunale Sicht auf den Abschied Großbritanniens aus der EU:

Der Brexit – Zukunft Europas?

Viele haben den Wahlkampf in Großbritannien um die Frage des Austritts aus der Europäischen Union verfolgt. Allerdings hat kaum jemand geglaubt, dass es zur Brexit-Entscheidung kommen würde. Die englischen kommunalen Spitzenverbände, die sich im Wahlkampf bewusst neutral verhalten hatten, fordern nun nachdrücklich, bei den Brexit-Verhandlungen mit am Tisch zu sitzen, weil dieser die Städte und Gemeinden erheblich betreffe. Was bedeutet der Brexit für die Kommunen in Europa und was sollten sie nun tun?

Ein Beitrag von
Uwe Zimmermann

„Norwegen Plus“, der Deckname für britische Sonderrechte, ein möglichst guter Deal zwischen London und Brüssel und das unbedingte Verhindern von „Rosinenpicken“ beim Austritt – dies sind Schlagworte, die die öffentliche Debatte seit dem Austrittsvotum der Briten prägen. Während mit dem ehemaligen Bürgermeister von London, Boris Johnson, ein prominenter Brexit-Befürworter bei einer der letzten großen Wahlkampfveranstaltungen den Tag der Abstimmung wortreich zum „National Independence Day“ und damit zum Nationalen Unabhängigkeitstag hatte küren wollen, so wurden gleich nach der Wahl deutlich kleinere „Brötchen“ gebacken. Gerne hätte man weiterhin die Vorzüge vor allem des gemeinsamen EU-Binnenmarktes auf der Insel, ohne aber die gemeinsamen Pflichten mitzutragen. Dass das nicht gehen kann, leuchtet rasch ein.

Keinesfalls darf der Brexit von seinen Ergebnissen her zur Nachahmung in Europa anregen, auch wenn andere europafeindliche Gruppierungen in weiteren EU-Mitgliedstaaten sich wohl kaum von einer „strengen Behandlung“ der Briten werden beeindrucken lassen. Selbst wenn Großbritannien bei den Brexit-Verhandlungen in allen Punkten verlieren würde – weitere Exit-Entscheidungen in Europa bleiben möglich. Da hilft der Ruf nach „Mehr Europa gerade jetzt!“ alleine nicht aus. Wir brau-



Foto: European Communities, 2008 / Thomas Haley

Nach der Brexit-Entscheidung fragen sich viele Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, wie lange der Union Jack noch neben der Flagge der Europäischen Union wehen wird

chen eine bessere EU, eine EU, die sich vor Ort bei den Menschen erklärt, ihre Vorteile, ihren Nutzen und ihre Unverzichtbarkeit überzeugend darlegt und aufzeigt. Dazu wird es einer echten und fairen europäischen Partnerschaft aller öffentlichen Ebenen mit Verantwortung bedürfen: der EU, der Mitgliedstaaten, der Länder und Regionen und nicht zuletzt der Städte, Landkreise und Gemeinden. Nur dann wird es Populisten mit ihren einfachen Parolen nicht mehr gelingen, Massen gegen Europa in Bewegung zu bringen.

Den Brexit aber damit erklären zu wollen, dass dessen Kampagne mit Fehl- und Falschbehauptungen geradezu gespickt war, reicht zur Deutung seines Erfolges nicht aus. Wie der Sieg der Austrittsbefürworter im

Zum Autor:

Uwe Zimmermann ist Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Vereinigten Königreich nach mehr als 40 Jahren EU-Mitgliedschaft, Erfolg und Integration überhaupt möglich war, muss mit offenen und ehrlichen Fragen und Antworten geklärt werden – auch dann, wenn es unangenehm ist.

Zentrale Brexit-Themen

Viele Themen wurden im Brexit-Wahlkampf aufgegriffen. Drei scheinen eine besondere Bedeutung gehabt zu haben: die Befürchtung, in Finanz- und Wirtschaftskrisen wie etwa in die in Griechenland hineingezogen zu werden, das Gefühl, von Brüssel aus zu sehr bestimmt und „gegängelt“ zu werden, und nicht zuletzt die Angst vor Migration, vornehmlich mit Blick auf den freien Zugang von EU-Ausländerinnen und -Ausländern. Dazu mag auch die langjährige europakritische Haltung der britischen Regierung („EU-Bashing“) maßgeblich zum Brexit beigetragen haben. Das vermochte Ex-Premier David Cameron in den sechs Wochen vor dem Referendum auch nicht mehr heilen.

Was bei allen drei Themen als Gemeinsamkeit auffällt, ist zunächst kein sachlicher, wohl aber ein emotionaler Zusammenhang: Befürchtungen, schlechte Gefühle und Angst. Dem hatte Europa allem Anschein nach nicht genug entgegenzusetzen – nämlich optimistische und positive Gefühle und Einschätzungen über die EU. Dies wird maßgeblich damit zusammenhängen, dass Europa für die meisten Menschen emotional wenig erlebbar ist und erlebt wird. Dass wir Frieden und Wohlstand in Europa gesichert haben, wird wegen der Gewöhnung daran kaum mehr als enorme Errungenschaft reflektiert. Sicher sind beim Urlaub offene Grenzen praktisch und werden mit Freude zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat man sich bereits daran gewöhnt, ist Freizügigkeit zur Selbstverständlichkeit geworden.

Und darüber hinaus? Initiativen wie das Erasmus-Programm für Studierende oder der Europäische Freiwilligendienst sind zweifellos sinnvolle und erfolgreiche Förderinstrumente der EU. Die enorme Anzahl von mehr als drei Millionen junger Europäerinnen und Europäer hat dadurch große Schritte in und nach Europa machen können. Es gibt auch engagierte Städte- und Schulpartnerschaften, deren Anzahl und Aktive aber rückläufig oder stagnieren. Junge Menschen für die Städtepartnerschaftsarbeit zu gewinnen, ist vielerorts erfolglos. Die Begegnung der Kulturen und die Zusammenkunft der Menschen sind auf dem

Rückzug und damit die Möglichkeit, Europa mit dem Herzen und über den Bauch zu erleben und zu verinnerlichen. Dort, wo früher das gemeinsame Sport- oder Kulturereignis den Tag eines Städtepartnerschaftstreffens prägte und der gesellige Vespertisch den Abend, steht heute der Konferenztisch einer „Fachbruderschaft“ in Brüssel, die als fachliches Netzwerk Zugang zu EU-Fördermitteln anstrebt – und erhält. Auch dies ist freilich europäische Kooperation. Aber erreicht sie die Menschen?

Hier muss umgesteuert, eigentlich wieder zurückgesteuert werden. Wenn die Kommunen den ihnen möglichen Beitrag für ein erfolgreiches Europa beisteuern sollen, brauchen wir eine Renaissance der europäischen Städtepartnerschaftsarbeit. Sie muss heraus aus ihrem Nischendasein und auf der politischen Agenda aller Ebenen nach oben gerückt werden. Die Städtepartnerschaftsarbeit wird maßgeblich von den Kommunen selbst finanziert. Auch die EU fördert sie, wenn auch nur mit einem bescheidenen Betrag. Bund und Länder allerdings lassen hier leider oftmals Impulse und Mittel vermissen.

Scheidungsverhandlungen und Reformen der EU

Der Europäischen Union und den Briten werden harte Scheidungsverhandlungen prophezeit. Die neue britische Premierministerin Theresa May hat dafür aber auch gleich einen Brexit-Minister berufen. Und die EU? Deren Offizielle lassen wissen, dass sie einen schnellen Austrittsantrag nach Artikel 50 EU-Vertrag aus London sehen wollen. Dass „Out eben out“ ist und klare Kante gezeigt werden wird.

Wo aber ist der neue Anti-Exit-Kommissar der Europäischen Union oder sind das bereits



Foto: UK Home Office / Wikimedia Commons

Premierministerin Theresa May hat nun die schwere Aufgabe, Großbritannien aus der Europäischen Union zu führen

alle EU-Kommissarinnen und -Kommissare? Wo ist die Kampagne für Europa, die die Menschen zu Hause an ihren Wohnorten erreicht? Wo ist eine entschlossene Schaffung eines europäischen Miteinanders der Bürgerinnen und Bürger, die in der Städte- oder Schulpartnerschaft beginnt und sich auf den Weg zu einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein macht? Und ja, auch das will gefragt werden: Wo ist die Ansprache der vielen jungen Menschen in Großbritannien, die für die EU sind und in dieser Leben und Zukunft haben wollen?

Denn wer austritt, der ist auch einmal eingetreten und könnte dieses wieder tun. Die Briten gehören zu uns, zu Europa. Und so sollten die Brexit-Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, dass das Vereinigte Königreich eines Tages wieder den Weg in die EU finden könnte – und mit ihr eine ganz junge Generation, die genau dies wünscht. Wir dürfen vor dieser nicht die Zugbrücke hochziehen. Vizekanzler Sigmar Gabriel hat öffentlich den Vorschlag gemacht, genau diesen jungen Briten die doppelte Staatsbürgerschaft anzubieten, was den Charme hätte, dass sie damit EU-Bürgerinnen und -Bürger bleiben könnten.

Kommunale Standorte – Kommunale Standpunkte

London ist der bedeutendste Finanzstandort in Europa – noch. Die Tränen über den Brexit waren noch nicht ganz getrocknet, als bereits die Frage aufgeworfen wurde, was dieser denn für andere Finanzstandorte in Europa oder auch für die Immobilienmieten in Frankfurt am Main bedeute, in die – wie man bereits Wünsche hört – die Europäische Bankenaufsicht (EBA) von London aus umziehen sollte. Unterdessen hatte die Berliner Senatorin für Wirtschaft Medienberichten zufolge schon per E-Mail in London die Vorzüge des Standorts Berlin gepriesen, gerade für junge Start-ups. Dies verwundert nicht, denn Studien zufolge könnten allein in der Finanzwirtschaft einige Zehntausend hochbezahlte Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber – die sogenannten Brefugees – von London aus in andere Städte in der EU wechseln. Dies klingt zumindest auf den ersten Blick nicht sonderlich nach Solidarität der Städte in Europa, sondern eher nach dem Verteilen eines Bärenfells – das seinen Herrn aber noch wärmt und schmückt.

Ob der Brexit für London als Finanzstandort einen Wettbewerbsnachteil oder aber sogar einen Wettbewerbsvorteil bringen könnte,



Foto: Ed Everett / flickr.com

Nach dem Sieg der Brexit-Befürworter sorgen sich vor allem junge Britinnen und Briten um ihre Zukunft

darüber sind noch nicht alle Expertisen geschrieben. In London jedenfalls wurde schon öffentlich über die Ausrufung einer autonomen Stadtregion diskutiert, die in der EU bleiben soll – ähnlich, wie man es für Schottland auch aus dem Parlament in Holyrood vernommen hat. Gefordert wäre aber gerade jetzt weniger eine laute Debatte der Städte über Erbnachfolgen für britische Standorte als vielmehr ein kommunaler Standpunkt zu Europa! Farbe bekennen zu Europa, das ist eine Verantwortung, die auch die Kommunalpolitik trägt.

Artikel 50 des EU-Vertrages

Was steht im „Austrittsartikel“?

Art. 50 EUV (Auszug)

(1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.

(2) Ein Mitgliedstaat, der auszutreten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. ...

(3) Die Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder andernfalls zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung keine Anwendung mehr, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern.

...

(5) Ein Staat, der aus der Union ausgetreten ist und erneut Mitglied werden möchte, muss dies nach dem Verfahren des Artikels 49 beantragen.

Dabei sind die Kommunen und ihre Verbände in der Vergangenheit mit Kritik an Europa in die Öffentlichkeit gegangen. Überbordendes Binnenmarktrecht, komplizierte Beihilfevorschriften, Standards und Bürokratiehürden – all dies ist in den Rathäusern auch eine Wahrnehmung Europas, die zu Recht kritisiert wird. Die EU hat das Terrain innenpolitischer Gestaltung betreten, dann muss sie sich auch der innenpolitischen Kritik stellen. Die Kommunen bemängeln ebenfalls Vorgaben aus Berlin oder aus den Landeshauptstädten, was aber nicht heißt, dass sie damit den Bund oder die Bundesländer infrage stellen würden. Und so ist es auch mit Europa. Gleichwohl müssen die Kommunen und ihre Verbände in der öffentlichen Erklärung über Europa das Augenmaß und den Blick für das große Ganze weiterhin wahren. Berechtigte kritische Äußerungen gehören dazu, allerdings auch das Bewusstsein und die Wahrnehmung um die zahlreichen und unbestreitbaren Vorteile der EU, die es zu schützen und auszubauen gilt.

Zu diesen Vorteilen gehören die europäische Regionalpolitik und die Fördertöpfe, die dafür gesorgt haben, dass erhebliche finanzielle Mittel aus den nationalen Haushalten über die EU in die Regionen sowie Städte, Landkreise und Gemeinden gebracht und dort nutzbringend investiert werden konnten. Und so verwundert es nicht, dass unsere englischen kommunalen Schwesterverbände aktuell deutlich gemacht haben, dass den britischen Kommunen und Regionen noch bis zum Jahr 2020 rund 5,3 Milliarden Pfund Sterling aus EU-Fördermitteln zustehen, und dass man sich fragt, wie es nach dem Brexit mit der Regionalentwicklung in Großbritannien weitergehen soll. Von Nigel Farage und seiner UKIP-Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs hat man dazu bislang wenig gehört. Allerdings hat er am Tag nach dem Brexit-Erfolg das zentrale Versprechen, dass das nationale Gesundheitssystem NHS in Großbritannien mehr Mittel erhalten soll, auch wieder „zurückgenommen“.

Migration und Mobilität in Europa

Die Flüchtlingssituation im Jahr 2015 hat Europa in Atem gehalten wie kaum ein anderes Thema. Auch beim Brexit spielte dieses Thema eine Rolle, wenngleich London erwogen hatte, lediglich 20.000 oder 30.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen. Da hat zum Beispiel Rheinland-Pfalz doppelt so viele

Flüchtlinge aufgenommen bei vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber rund 64 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Großbritannien!

Natürlich hatte Großbritannien nicht zuletzt wegen seiner Kolonialvergangenheit stets Migration. In der Brexit-Debatte entzündete sich vor allem das Thema der Zuwanderung von EU-Ausländerinnen und -Ausländern, die in Deutschland im letzten Jahr allerdings nur eine untergeordnete Rolle in der öffentlichen Diskussion spielte. In Deutschland leben insgesamt etwa vier Millionen EU-Migrantinnen und -Migranten. Mit mehr als 685.000 EU-Ausländerinnen und -Ausländer gab es 2015 dabei einen neuen Rekord der Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Allerdings verließen auch über 300.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger unser Land.



Foto: Bernhard Thürauf / pixelio.de

Nach der Entscheidung für den Brexit fürchtet London um seine Stellung als führender europäischer Finanzplatz

Fast 90 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der EU nach Deutschland im Jahr 2015 waren im erwerbsfähigen Alter. Volkswirtschaftlich betrachtet können wir qualifizierte Arbeitskräfte mehr als gebrauchen, um die Wirtschaft stark zu halten. Längst ist in vielen Städten und Gemeinden der Wettbewerb um Fachkräfte und junge Familien im Gange. Das muss auch in Großbritannien gelten. Und niemand weiß, wie viele Baustellen unerledigt blieben, hätte man auf den britischen Inseln nicht mehr die Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland.

Während Arbeitskräfte in den vergangenen Jahren oft osteuropäische Staaten verlassen haben, um in westeuropäischen Regionen und Städten zu arbeiten und zu leben, könnte dieser Aderlass nun auch den Briten nach dem Brexit drohen. Dabei nutzen diese EU-Bürgerinnen und -Bürger schlicht ihr Recht auf Mobilität und Freizügigkeit in Europa – zum Vorteil auch deutscher Städte und Gemeinden, die an diesen Menschen ein hohes Interesse haben können. ■

Websites öffentlicher Stellen für Menschen mit Behinderungen:

Online-Angebote bald barrierefrei

Öffentliche Behörden in der Europäischen Union sollen in Zukunft für einen verbesserten Zugang zu ihren Websites und Apps für Menschen mit Behinderungen sorgen. Die Verhandlungsführerinnen und -führer des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission haben sich im Mai 2016 auf eine entsprechende EU-Richtlinie über einen barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen geeinigt. Nachdem der Rat die neue Richtlinie am 18. Juli 2016 angenommen hat, muss jetzt nur noch das Europäische Parlament im Plenum im Oktober zustimmen.

Ein Beitrag von
Sabine Verheyen

In der Nacht vom 3. Mai 2016 konnten sich die Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Parlamentes, des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission nach langen Verhandlungen endlich auf eine **EU-Richtlinie über einen barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen** einigen. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments hat den Verhandlungstext bereits in seiner Sitzung vom 24. Mai 2016 angenommen. Die Abstimmung im Plenum ist für Oktober 2016 angesetzt.



Foto: Gina Sanders / Fotolia.com

Öffentliche Behörden in der Europäischen Union müssen in Zukunft für einen barrierefreien Zugang zu ihren Websites und Apps sorgen

Zähe Verhandlungen im Rat

Die Europäische Kommission hatte bereits Ende 2012 den **Vorschlag für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen** vorgelegt. Zweck dieser Richtlinie sollte die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der EU-Mitgliedstaaten sein, so dass Inhalte von Websites öffentlicher Stellen für alle Nutzerinnen und Nutzer, auch Menschen mit Behinderungen, ohne Barrieren einfach zugänglich sind.

Die Kommission hatte in ihrem ursprünglichen Vorschlag zwölf konkrete Websites genannt, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen sollten, darunter Sozial-

leistungen, Dienstleistungen der Arbeitsämter oder auch Gesundheitsdienstleistungen. Während der Debatten im Europäischen Parlament in den Jahren 2013 und 2014 wurde der Vorschlag der Kommission stark ausgeweitet. Die Berichterstatter und Schattenberichterstatter des Binnenmarktausschusses hatten den Anwendungsbereich etwa auf alle Websites öffentlicher Stellen ohne Ausnahme erweitert und auch viele weitere Verpflichtungen für die öffentliche Hand eingebaut. Dieser Ansatz wurde von der Mehrheit des Parlaments mitgetragen und Anfang 2014, kurz vor den Europawahlen, im Plenum mehrheitlich verabschiedet. Alle Änderungsanträge, die in eine andere Richtung gingen und die die Richtlinie ausbalancierter gestalten wollten, sind in dieser Phase gescheitert.

Zur Autorin:

Sabine Verheyen ist Mitglied des Europäischen Parlaments und kommunalpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe.

Nachdem das Europäische Parlament seine Stellungnahme verabschiedet hatte, musste sich nur noch der Europäische Rat zu dem Vorschlag positionieren. Doch hier lag das große Problem, denn die EU-Mitgliedstaaten konnten keine Einigung zu diesem Thema finden. Erst im Dezember 2015 ist es den Mitgliedstaaten gelungen, eine erste Ratsposition anzunehmen und ein Verhandlungsmandat freizugeben. Die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen den drei Institutionen konnten somit erst drei Jahre nach Vorlage des Vorschlags beginnen. Wichtige Zeit ist dabei verstrichen, in der bereits mehr für die Barrierefreiheit hätte getan werden können.

Barrierefreiheit ja, aber auch klare Ausnahmen

Ein barrierefreier Webzugang ist für die Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung, da immer mehr Serviceleistungen im öffentlichen Bereich online angeboten werden. In den Kommunen wird bereits einiges getan, um im Zuge der Digitalisierung den barrierefreien Zugang zu Informationen und elektronische Behördendienste im Internet zu verbessern. Allerdings ist der Programmieraufwand gerade für die Barrierefreiheit von Bildern und aufwändigeren Designs hoch und teuer. Viele Kommunen fürchten daher, ihre Internet-Angebote nicht ausweiten zu können. Auch das eindeutige Risiko, dass Inhalte und Online-Dienstleistungen eher reduziert werden bei zu hohen Anforderungen an die Kommunen, musste in Betracht gezogen werden. Denn ein Wegfall von Online-Diensten würde allen Bürgerinnen und Bürgern schaden. Diese Befürchtungen sind auch in den Verhandlungen über die Richtlinie immer wieder zur Sprache gekommen. Auf der anderen Seite gab es eine große Präsenz der Behindertenverbände, die für noch weitreichendere Regelungen gekämpft haben.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen vom Mai 2016 wurde nun ein guter Kompromiss zwischen diesen beiden Positionen gefunden, dem auch die EU-Mitgliedstaaten unter niederländischer Ratspräsidentschaft zustimmen konnten.

Konkrete Vereinbarungen

Der Anwendungsbereich der Richtlinie wurde erweitert, so dass nun alle Websites und auch sogar Apps öffentlicher Stellen von der Richtlinie erfasst werden und somit barrierefrei gestaltet werden müssen. Man konnte

allerdings im Gegenzug eine klare Liste an Ausnahmen verhandeln. Darüber hinaus wurde auch eine Unverhältnismäßigkeits-Klausel eingefügt, die die Richtlinie etwas flexibler gestaltet und die Sorgen der Kommunen ausräumen soll.

Die Liste der Ausnahmen umfasst insgesamt drei Arten von Websites und acht spezielle Inhalte von Websites. Unter anderem ist der öffentliche Rundfunk von der Richtlinie ausgenommen, genauso wie Live-Übertragungen, Inhalte Dritter, wie etwa nutzergenerierte Inhalte eines Twitter-Feeds, sowie Archive und Kulturerbesammlungen von Bibliotheken und Museen. Zudem hat sich das Europäische Parlament dafür eingesetzt, dass Extranets und Intranets im Anwendungsbereich bleiben, damit auch Studierende sowie Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen Zugang zu ihren Lerninhalten bekommen. Man konnte sich darauf einigen, dass Extranets und Intranets, die nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften veröffentlicht werden, ebenso wie ältere, die von Grund auf überarbeitet werden, barrierefrei gestaltet werden müssen. EU-Mitgliedstaaten dürfen darüber hinaus selbst entscheiden, auch Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten vom Anwendungsbereich auszunehmen. Nur grundlegend wichtige Informationen, die unumgänglich für administrative Schritte benötigt werden, müssen auf Schul-Websites immer barrierefrei zugänglich sein.

Artikel 3a der Richtlinie eröffnet zudem die Möglichkeit für öffentliche Stellen, die Anforderungen der Richtlinie nicht anzuwenden, wenn dies eine unverhältnismäßige Last darstellen würde. Bei der Beurteilung der Last sollen Größe, Ressourcen und Art der öffentlichen Stelle sowie die geschätzten Kosten und Vorteile für die öffentliche Stelle im Verhältnis zu dem geschätzten Nutzen für Menschen mit Behinderungen in Betracht gezogen werden. Dabei soll die Nutzungshäufigkeit und die Nutzungsdauer berücksichtigt werden.

Sobald diese Klausel genutzt wird, muss dies auf der Website angegeben werden und es muss auch auf Alternativen für die Betroffenen hingewiesen werden. Zudem haben Bürgerinnen und Bürger über einen Feedback-Mechanismus die Möglichkeit, Beschwerden einzureichen. So soll sichergestellt werden, dass die Nutzung dieser Klausel kontrolliert werden kann. Im ersten Schritt wird die Beschwerde bei der öffentlichen Stelle selbst eingereicht. Sollte die Stelle nicht ausreichend begründen können, warum ein Teil der Website nicht barrierefrei

zugänglich ist, greift eine zweite Instanz. Jeder EU-Mitgliedstaat muss dafür eine neue oder bereits bestehende Behörde benennen, wie zum Beispiel einen Ombudsmann, der für die Prüfung in zweiter Instanz zuständig ist.

Darüber hinaus wurde auch ein sogenannter Bedarfs-Mechanismus eingeführt. Obwohl einige Websites und Inhalte vom Anwendungsbereich klar ausgeschlossen sind, soll es für einzelne Ausnahmen möglich sein, dass Bürgerinnen und Bürger eine begründete Anfrage an die öffentliche Stelle schicken. Darin kann die Person darlegen, warum sie einen gewissen Inhalt für ihre Zwecke barrierefrei zur Verfügung gestellt haben möchte. Sollte die öffentliche Stelle diese Anfrage ablehnen, muss sie dies begründen, und die Person hat die Möglichkeit, Einspruch einzulegen.

Des Weiteren konnte das Europäische Parlament auch über die Umsetzungs- und Anwendungsfristen einen ausbalancierteren Ansatz schaffen. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Die EU-Mitgliedstaaten haben allerdings 21 Monate Zeit, um die europäische Gesetzgebung in nationales Recht umzusetzen. Ein Jahr nach dieser Frist müssen sie dann damit beginnen, die Mindestanforderungen der Richtlinie auf neue Websites anzuwenden. Für ältere Websites beträgt die Frist der Anwendung zwei Jahre und für mobile Apps 33 Monate nach der Frist für die Umsetzung in nationales Recht.

Fazit und Ausblick

Nach vier Jahren Verhandlungen ist es endlich gelungen, die Barrierefreiheit von Websites für Menschen mit Behinderungen weiter voranzutreiben. Der Zugang zu Websites und Apps öffentlicher Stellen wird nun in ganz Europa schrittweise einfacher werden. Bei der Verabschiedung der Richtlinie war es aber auch wichtig darauf zu achten, dass nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden. Denn eine Reduzierung von Online-Inhalten und Online-Diensten aufgrund unverhältnismäßig hoher Anforderungen hätte einen negativen Einfluss für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger gehabt. Mit dem Verhandlungsergebnis konnte beiden Seiten Rechnung getragen und ein Ansatz geschaffen werden, der auch ein gewisses Maß an Flexibilität erlaubt. ■

Infos

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen vom 6. Juli 2016:

☞ <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9389-2016-INIT/de/pdf>

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen vom 3. Dezember 2012:

☞ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012PC0721&from=DE>

Buchtipps

Jahrbuch der Regionen 2016

Ist die Lebenserwartung in meiner Region höher als in anderen Regionen der Europäischen Union? Ist meine Region reicher als andere? Gibt es dort weniger Verkehrsunfälle? Gibt es dort viele Haushalte mit einem Breitbandinternetanschluss? Antworten auf diese und weitere Fragen finden sich im Jahrbuch der Regionen 2016, das jährlich vom statistischen Amt der Europäischen Union „Eurostat“ veröffentlicht wird. Es bietet einen Überblick über die vielfältigen Bereiche der Regionalstatistik für die 276 Regionen der NUTS-2-Ebene und bei einigen Indikatoren auch für die 1.342 Regionen der NUTS-3-Ebene der 28 EU-Mitgliedstaaten sowie, sofern verfügbar, zu den Regionen in der Europäischen Freihandelszone (EFTA) sowie den EU-Kandidatenländern.

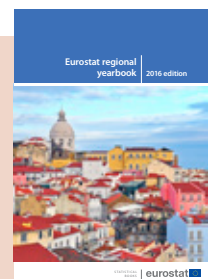
Das Eurostat-Jahrbuch der Regionen 2016 enthält Kapitel zu den Themen „Regionalpolitik und Europa 2020“, „Bevölkerung“, „Gesundheit“, „Bildung“, „Arbeitsmarkt“, „Bruttoinlandsprodukt“, „strukturelle Unternehmensstatistik“, „Forschung und Innovation“, „Informationsgesellschaft“, „Tourismus“, „Verkehr“

und „Landwirtschaft“. Es umfasst auch zwei Kapitel mit besonderem Schwerpunkt auf der Struktur des Pendlerverkehrs zwischen den Regionen und den regionalen Bevölkerungsvorausschätzungen. Jedes Kapitel stellt statistische Informationen in Karten, Abbildungen und Tabellen dar, begleitet von einer Beschreibung der wichtigsten Ergebnisse, der Datenquellen und des politischen Kontextes.

Das Jahrbuch steht derzeit nur in Englisch zur Verfügung. Zusätzlich zum Jahrbuch der Regionen bietet Eurostat allerdings auf seiner Internetseite Anwendungen an, mit denen subnationale Daten visualisiert und analysiert werden können.

Jahrbuch der Regionen 2016 (englisch):

☞ <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7604195/KS-HA-16-001-EN-N.pdf/76c007e9-6c1d-435a-97f8-e5ea700aa149>



Vorschlag für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018:

Kulturerbejahr rückt näher

Die Europäische Kommission hat den im April 2016 angekündigten Vorschlag für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018 vorgelegt und an das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union übermittelt. Die Kommission will damit die Rolle des europäischen kulturellen Erbes bei der Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins für Geschichte und Identität hervorheben.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Das Jahr 2018 wird wohl im Zeichen des kulturellen Erbes stehen. Nachdem der EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, im April 2016 angekündigt hatte, 2018 ein Europäisches Kulturerbejahr durchführen zu wollen, hat die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat am 30. August 2016 auch offiziell den **Vorschlag** unterbreitet, 2018 zum Europäischen Jahr des kulturellen Erbes auszurufen. „Unser kulturelles Erbe ist mehr als nur die Erinnerung an unsere Vergangenheit; es ist der Schlüssel zu unserer Zukunft“, erklärte Navracsics. Das Europäische Jahr des Kulturerbes biete die Gelegenheit, die Menschen für die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Spitzenleistungen in der Branche in Europa zu fördern. „Ich fordere das Europäische Parlament und den Rat auf, unseren Vorschlag zu unterstützen, und appelliere an alle Interessenträger, zu einem erfolgreichen Jahr beizutragen.“

Bedeutung des kulturellen Erbes

Die Europäische Kommission begründet das Vorhaben für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes mit der Aussage, dass das europäische kulturelle Erbe für sie das Kernstück des kollektiven Gedächtnisses und der Identität der europäischen Bürgerinnen und Bürger bedeutet: „Die große kulturelle Vielfalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in der EU bewirkt auf einzigartige



Die Akropolis in Athen mit ihrer Himmelstreppe ist eine der bekanntesten Kulturerbe-Stätten Europas

Weise, dass Menschen aller Altersgruppen, sozialer Schichten und Kulturen in einen Dialog miteinander treten. Auf lokaler Ebene fördert das europäische Kulturerbe den sozialen Zusammenhalt und die soziale Integration dadurch, dass benachteiligte Gebiete aufgewertet, lokale Arbeitsplätze geschaffen und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt werden.“ Zudem verweist die Europäische Kommission auf die Bedrohung und kriminelle Zerstörung des weltweiten Kulturerbes in anderen Regionen der Welt wie etwa in Mittelasien sowie den illegalen Handel mit Kulturgütern. Dem müsse entgegengetreten werden.

Darüber hinaus betont die Europäische Kommission die wirtschaftliche Bedeutung des kulturellen Erbes für Europa. So seien im Bereich des europäischen Kulturerbes mehr als 300.000 Menschen beschäftigt. Insgesamt 7,8 Millionen Arbeitsplätze in Europa hängen indirekt mit dem kulturellen Erbe zusammen. Besonders betroffen seien dabei die Tourismusbranche, das Baugewerbe

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

sowie Nebendienstleistungen wie Verkehr, Dolmetschdienste sowie Instandhaltung und Sicherheit. Allein in Frankreich hätte der Kulturbereich im Jahr 2011 insgesamt 8,1 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Weiterhin verweist die Europäische Kommission auf die Bereiche Digitalisierung, Infrastruktur, Forschung und Aufbau von Qualifikationen, die direkt und indirekt mit der Kulturarbeit zusammenhängen. Hier greife die Europäische Union mit Förderprogrammen wie etwa „Kreatives Europa“ auch finanziell ein. Nicht zuletzt betont die Europäische Kommission, dass sie mit dem Europäischen Jahr auch auf die Kürzung öffentlicher Mittel für den Kulturbereich, die rückläufige Teilnahme an traditionellen Kulturaktivitäten, die Umweltbelastung von Kulturerbestätten sowie neue Wertschöpfungsketten und dem digitalen Wandel reagieren wolle.

Zuspruch und Unterstützung in Deutschland

In Deutschland stößt die Initiative für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes auf viel Zuspruch und Unterstützung. So waren dem jetzt vorliegenden Vorschlag der Europäischen Kommission bereits seit Ende 2013 weitreichende Bemühungen, insbesondere von Bund, Ländern, Kommunen und des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) vorausgegangen. Gemeinsam mit weiteren europäischen Partnern sowie dem Europäischen Parlament und dem zuständigen EU-Ministerrat hatten

sie die Initiative maßgeblich vorangetrieben. Zuletzt hatten die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Kultusministerkonferenz, das DNK und die kommunalen Spitzenverbände das geplante Aktionsjahr im April 2016 in einer gemeinsamen [Pressemitteilung](#) als „große Chance“ begrüßt.

Wie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, aktuell mitteilte, werde der nun vorliegende Vorschlag der Europäischen Kommission in den europäischen Gremien schnellstmöglich geprüft und der weitere Fortgang zur Vorbereitung der Beschlussfassung zum Europäischen Kulturerbejahr auch von Deutschland engagiert begleitet. ■

Infos

Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Europäisches Jahr des Kulturerbes vom 30. August 2016:

http://ec.europa.eu/culture/library/publications/com-2016-543-f1_de.pdf

Gemeinsame Pressemitteilung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der Kultusministerkonferenz, des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz und der kommunalen Spitzenverbände vom 20. April 2016:

http://www.dnk.de/_uploads/media/1994_160420_PM_DNK_ECHY.pdf

Internetseite des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018:

<http://www.sharingheritage.de/>

Europäische Kulturhauptstädte 2020 aus Irland und Kroatien

Rijeka und Galway ausgewählt

Rijeka in Kroatien und Galway in Irland dürfen im Jahr 2020 den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen. Während sich die Hafenstadt Rijeka bereits im März 2016 im kroatischen Auswahlverfahren gegen ihre Mitbewerberinnen Pula, Osijek und Dubrovnik durchsetzen konnte, entschied Galway nun die irische Entscheidung um den begehrten Titel gegen Limerick und die „Three Sisters“ Kilkenny, Wexford und Waterford.

Die Kulturhauptstadt Europas ist eine Initiative der Europäischen Union. Jedes Jahr werden zwei Kulturhauptstädte ernannt, davon eine aus den alten und eine aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Zudem haben Städte in EU-Beitrittskandidaten oder potenziellen EU-Beitrittskandidaten ab 2021 die Möglichkeit, den Titel alle drei Jahre zu erhalten. Nach San Sebastián in Spanien und Breslau in Polen in diesem Jahr werden 2017 Aarhus in Dänemark und Paphos in Zypern den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen. 2018 übernehmen dann Leeuwarden in den Niederlanden



Foto: Matthieu / Wikimedia Commons

Das irische Galway, hier das Claddagh Ring Museum, ist im Jahr 2020 Europäische Kulturhauptstadt

und Valletta in Malta das Zepter, gefolgt von Matera in Italien und Plovdiv in Bulgarien im Jahr 2019. Deutschland kann 2025 wieder eine Kulturhauptstadt Europas stellen.

Initiative „Europäische Kulturhauptstadt“:

https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/actions/capitals-culture_de

Verabschiedung einer neuen Städteagenda auf dem Habitat III-Gipfel:

Kommunale Selbstverwaltung als Prinzip verankern

Auf dem Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung „Habitat III“ im Oktober 2016 in Quito in Ecuador werden sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit Stakeholdern aus Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf eine neue Städteagenda verständigen. Diese „New Urban Agenda“ wird festlegen, welche Rolle Städte bei der Umsetzung internationaler Entwicklungs- und Klimaziele übernehmen sollen. Auch deutsche Städte haben sich an dem Habitat-Prozess beteiligt und fordern, das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung bei der Umsetzung der Agenda zu berücksichtigen.

Ein Beitrag von
Sabine Drees



Foto: Connective Cities

Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bereiteten beim Deutschen Habitat Forum Anfang Juni 2016 in Berlin den deutschen Beitrag für den Weltsiedlungsgipfel Habitat III vor

Mit der Verabschiedung der neuen Städteagenda „New Urban Agenda“ auf dem **☒ Dritten Weltgipfel der Vereinten Nationen zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung „Habitat III“** vom 17. bis 20. Oktober 2016 in Quito in Ecuador werden für alle Länder Ziele und Empfehlungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung verankert. Der Städtegipfel, zu dem 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt erwartet werden, findet nur alle 20 Jahre statt.

Unter der Leitung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, wird eine 130-köpfige deutsche Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern aus Ministerien, Behörden, Institutionen und Kommunen nach Quito reisen. Von kommunaler Seite dabei sein werden unter anderem die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, Dr. Eva Lohse, der Regierende

Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, der Oberbürgermeister von Bonn, Ashok Sridharan, der Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Peter Kurz, der Oberbürgermeister von Ludwigsburg, Werner Spec, und der Bürgermeister von Köln, Andreas Wolter.

Kritische Würdigung des Städteagenda-Entwurfs

Gemeinsames Anliegen der kommunalen Delegation ist es unter anderem, in Quito für die kommunale Selbstverwaltung zu werben. „Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit den europäischen Partnern bei den noch anstehenden Verhandlungen zur New Urban Agenda für die kommunale Selbstverwaltung einsetzen“, versprach der Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Gunther Adler, in einem Schreiben an die Präsidentin des

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST).

Deutschen Städtetages, Dr. Eva Lohse. Dieser Einsatz ist auch bitter nötig. Während in der ersten Entwurfsfassung zur Städteagenda die kommunale Selbstverwaltung und das Prinzip der Subsidiarität gewürdigt wurden, ist in der **Schlussfassung** die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr erwähnt.

Der Wegfall des Begriffs der kommunalen Selbstverwaltung ist ein fatales Signal in die falsche Richtung, schließlich wurde im 22-seitigen Text der Agenda die kommunale Selbstverwaltung nur ein einziges Mal erwähnt, so dass eine Streichung besonders ins Gewicht fällt. Verfassungsrechtlich abgesicherte Kompetenzen der Kommunen und ein auskömmlicher finanzieller Rahmen sind aber geboten, um Kommunen weltweit in die Lage zu versetzen, die durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Als zentrale Aussage sollte das Bekenntnis der Mitgliedstaaten zu einer „echten“ Dezentralisierung mit der entsprechenden Übertragung von finanziellen und strukturellen Ressourcen vom Staat auf die Kommunen verbunden mit einem Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung eingefügt werden. Doch die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und der Deutsche Städtetag wird im Schulterchluss mit der deutschen Regierung und dem Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Governments“ für die Wiedereinführung der kommunalen Selbstverwaltung in die Endfassung der Städteagenda werben.

Wieso ist das so schwierig durchzusetzen? Eine zentrale Rolle der Kommunen im Staatsgefüge, die in Deutschland eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist in zahlreichen afrikanischen und asiatischen Staaten strittig. Häufig sind Kommunen Durchführungsorganisationen des Staates und keine selbstständig verwaltete Ebene. Hinzu kommt, dass Habitat III eine Veranstaltung der Vereinten Nationen mit seinen 193 Mitgliedstaaten darstellt. Damit sind Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen begrenzt, weil sie keinen Sitz in Steuerungsgremien haben. Umso wichtiger ist die Lobbyarbeit für die Kommunen.

Aus diesem Grund hatte das Präsidium des Deutschen Städtetages auch gefordert, die Rolle der Kommunen im Rahmen von Habitat III durch bessere Steuerungsmöglichkeiten auf Entscheidungsebene zu stärken. Eine aktivere Beteiligung der kommunalen Ebene an wegweisenden Entscheidungen wird für dringend erforderlich gehalten, schließlich steht im Wesentlichen die Entwicklung von Städten und ländlichen Gebieten auf dem Spiel. Diese wollen die Kommunen sich nicht von oben diktiert lassen, sondern selber steuern.



Foto: Connective Cities

In Zusammenarbeit mit der International Association of Public Transport (UITP) veranstaltete der Deutsche Städtetag beim Deutschen Habitat Forum einen Workshop zum Thema „Lebenswerte Städte für Menschen“

Partizipativer Prozess zur Erstellung der Städteagenda

Positiv zu würdigen ist, dass die Städteagenda in einem groß angelegten partizipativen Prozess entstanden ist. Eingeflossen sind die Ergebnisse aus regionalen, thematischen Treffen und auch aus insgesamt zehn Expertengruppen. Mit der sogenannten Policy Unit 9 **„Urban services and technology“** zu städtischen Dienstleistungen und Technologien hat eine der zehn Expertengruppen unter Federführung des Deutschen Städtetages und des Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen (UITP) zentrale Bausteine für den Themenbereich Daseinsvorsorge, Mobilität und Technologien (Smart Cities) beigesteuert.

Der Deutsche Städtetag wird in Quito am 20. Oktober 2016 diese Ergebnisse einem internationalen Publikum im Rahmen eines dreistündigen Dialogforums „Urban Services and Technology“ präsentieren, das von der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Dr. Eva Lohse, eröffnet werden wird. Die zentralen Botschaften sind:

- Zugang für Alle: Städte sind in der Verantwortung, Allen Zugang zu gewähren zu angemessener, nachhaltiger, und resilienter urbaner Infrastruktur.
- Effizienter Nutzen: Die effiziente und effektive Nutzung städtischer Dienstleistungen erfordert kommunale und nationale Maßnahmen, um den Konsum endlicher Ressourcen zu mindern und in nachhaltige Alternativen zu wandeln.
- Lokale Federführung: Kommunen haben die Verantwortung und Federführung für inklusiven Wohlstand und Nachhaltigkeit in den Städten.
- Nationale Strategien und finanzielle Unterstützung: Nationalregierungen müssen Kommunen in die Lage versetzen, ihre Bevölkerung mit adäquaten Dienstleistungen zu versorgen. ■



Foto: Jens Heine

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen am Rhein, Dr. Eva Lohse, wird am Weltsiedlungsgipfel Habitat III teilnehmen

Infos

Dritter Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung „Habitat III“:

☞ <https://www.habitat3.org>

Schlussfassung für eine neue Städteagenda vom 28. Juli 2016:

☞ <https://www.habitat3.org/bitcache/b581c7d6129c25b03b0102e2a7e5e175e9019535?vid=586129&disposition=inline&op=view>

Ergebnispapier der Policy Unit „Urban services and technology“:

☞ <https://www.habitat3.org/bitcache/foa1e3cc36860e0fc8e2092999316bcfoaaedf2a?vid=586545&disposition=inline&op=view>

Neue Städtepartnerschaft zwischen Mannheim und Qingdao in China:

Beziehung im Zeichen von Wirtschaft und Handel

Mannheim und Qingdao in China sind nun offiziell Städtepartner. Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz und sein chinesischer Amtskollege Zhang Xinqi unterzeichneten am 26. August 2016 die Partnerschaftsurkunde. Mannheim unterhält damit elf formalisierte Städtepartnerschaften. Beide Städte wollen zukünftig vor allem ihre bereits bestehenden wirtschaftlichen Kontakte weiter ausbauen.

Ein Beitrag von
David Linse



Foto: Isabel Fleinhold / Stadt Mannheim

An der feierlichen Zeremonie zur Besiegelung der Partnerschaft von Mannheim und Qingdao nahmen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter beider Städte teil

Die neue Städtepartnerschaft zwischen [Mannheim](#) und Qingdao begründet sich auf eine bereits seit 1995 bestehende Städtefreundschaft. „Die Städtepartnerschaft Mannheim-Qingdao steht auf festem Grund und hat einen jahrzehntelangen Vorlauf. Der heutige Tag ist jedoch kein Abschluss, sondern ein neuer Anfang“, betonte Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich der Vertragsunterzeichnung.

2014 beteiligte sich die Stadt Mannheim an der Internationalen Gartenbauausstellung Qingdao. In diesem Rahmen legten beide Städte fest, innerhalb von zwei Jahren die politischen Voraussetzungen für die Städtepartnerschaft zu schaffen. Der Mannheimer Gemeinderat hat der Begründung der Städtepartnerschaft dann im Juli 2016 zugestimmt. Im Partnerschaftsvertrag wird festgelegt, dass beide Seiten gemäß den Prinzipien von Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens Austausch und Zusammenarbeit fördern

wollen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Kultur, Wissenschaft, Bildung, Sport, Gesundheit und Personal.

Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen

„Die Städtepartnerschaft von Qingdao ist für uns von hoher Bedeutung und zeigt, dass wir unsere internationalen Beziehungen in zunehmendem Maße strategisch nutzen“, erläuterte Oberbürgermeister Dr. Kurz den politischen Grund der Partnerschaft. „Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Beziehungen nach China völlig neu aufgestellt: Als einzige Stadt in Baden-Württemberg verfügen wir nun über ein Repräsentationsbüro in China und ein China-Desk in Mannheim als Anlaufstelle für alle wirtschaftlichen China-Kontakte. Damit sind wir bestens positioniert, um als Stadt von den wirtschaftlichen Potenzialen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit zu profitieren.“

Zum Autor:

David Linse ist Leiter des Fachbereichs Vielfalt, Internationales und Integration der Stadt Mannheim.

Die besondere Bedeutung des Themas Wirtschaft spiegelt sich auch im Partnerschaftsvertrag wider, in dem festgelegt wird, dass insbesondere die Förderung wirtschaftlicher Kooperationen sowie die Ansiedlung von chinesischen Unternehmen in Mannheim und deutschen Unternehmen in Qingdao forciert werden sollen. Das große Interesse der Mannheimer Unternehmen an dieser neuen Partnerschaft wurde auch dadurch deutlich, dass der Delegation, die Oberbürgermeister Dr. Kurz nach Qingdao begleitete, mehrere Unternehmensvertreter angehörten.

Mannheim mit zwei Partnerstädten in China

Mannheim verfügt mit Qingdao nun über zwei chinesische **Partnerstädte**. Die Städtepartnerschaft mit Zhenjiang in der Provinz Jiangsu besteht seit 2004. „Mannheim hat sich nun endgültig zum China-Zentrum Baden-Württembergs entwickelt. Keine andere Stadt in unserem Bundesland verfügt über so vielfältige Verbindungen in das Reich der Mitte“, betonte das Mannheimer Stadtoberhaupt.

Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Qingdao wies Dr. Kurz auch auf die besonderen Anstrengungen hin, die China bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, wie etwa dem Klimawandel, schon heute unternimmt. Er machte deutlich, dass die Menschen in Deutschland China hierfür Anerkennung zollten. „Mit der neuen Städtepartnerschaft leisten wir einen Beitrag zur Völkerverständigung und zur weiteren Vertiefung der deutsch-chinesischen Freundschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen“, führte Mannheims Oberbürgermeister aus. Der Mannheimer Gemeinderat, der der Städtepartnerschaft mit großer Mehrheit zustimmte, war bei der Vertragsunterzeichnung durch Angehörige aller Gemeinderatsfraktionen vertreten.

Kontakte auch zur chinesischen Hauptstadt

Nach der Vereinbarung der Städtepartnerschaft mit der chinesischen Metropole Qingdao nahm die 15-köpfige Mannheimer Delegation eine Reihe von Terminen in der chinesischen Hauptstadt Peking wahr, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mannheim und zahlreichen Partnern in China weiter zu vertiefen. Erklärtes Ziel der gesamten Reise war es, Mannheim als Stadt der Erfinder, der Start-ups sowie als Zentrum für „Industrie 4.0“ zu präsentieren



Foto: Isabel Fienhold / Stadt Mannheim

und chinesische Unternehmen und Venture Capital-Geber von den Investitionsmöglichkeiten in Mannheim zu überzeugen.

Die Delegation wurde von dem auch für Wirtschaft und Inkubatoren zuständigen Vizeoberbürgermeister der 20-Millionen-Metropole Peking, Shui Zhenjiang, empfangen. Dieser betonte sein Interesse an einer bilateralen Zusammenarbeit mit Mannheim und lud die Stadt zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz für Robotik ein, die im Oktober 2016 in Peking stattfinden wird. Zugleich erläuterte er die wirtschaftspolitische Strategie Chinas, die unter dem Stichwort „Made in China – China 2025“ firmiert. Sie bildet das Pendant zu dem in Deutschland bekannten Ansatz „Industrie 4.0“, der die Digitalisierung der Industrieproduktion in den Fokus rückt.

Insgesamt absolvierte die Delegation während ihres dreitägigen Aufenthalts in Peking mehr als 20 Fachgespräche sowie Besuche von Unternehmen und staatlichen Behörden. Zahlreiche Termine fanden im Pekinger Stadtteil Haidian statt, der allgemein als „chinesisches Silicon Valley“ gilt. Der Distriktbürgermeister von Haidian, der die Mannheimer Delegation empfing, erläuterte, dass in seinem Stadtbezirk mehr als 8.000 High-Tech-Unternehmen präsent seien. Besonderen Wert lege Haidian auf die Internationalisierung seiner Unternehmen. Daher werden durch die Stadtverwaltung gezielt Räumlichkeiten und Geldmittel für deutsch-chinesische Inkubatoren zur Verfügung gestellt.

Dr. Kurz zeigte sich beeindruckt von den Kontakten, die sich durch die Reise ergeben haben: „Bürgermeister Yu und eine Vielzahl von Unternehmen und Institutionen haben uns klar signalisiert, dass großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Mannheim besteht. Haidian als das Innovationszentrum von China ist ein idealer weiterer Partner für den deutsch-chinesischen Inkubator, den wir mit der Mannheimer Gründerzentren GmbH sehr zeitnah etablieren wollen.“

Die Mannheimer Delegation mit Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (Mitte) an der Spitze wurde in Chinas Hauptstadt Peking von dem auch für Wirtschaft und Inkubatoren zuständigen Vizeoberbürgermeister, Shui Zhenjiang (6. v. rechts), empfangen

Ein weiteres Gespräch führte die Delegation mit der für Investitionsförderung zuständigen Regierungsagentur, die dem chinesischen Handelsministerium untersteht. Dort informierten sich die Mannheimer Vertreterinnen und Vertreter über die chinesische Außenhandelsstrategie „one road – one belt“. Mit dieser Initiative soll die legendäre Seidenstraße in die Zukunft geführt und die Handelsbeziehungen der Länder von China bis nach Westeuropa intensiviert werden. Im Rahmen von „one road – one belt“ unterstützt China nicht nur bilaterale deutsch-chinesische Projekte, sondern auch Güterverkehrsverbindungen zwischen China und Europa. „Mannheim ist einer der bedeutendsten Güterverkehrsknoten in Deutschland. Wir haben daher gezielt dafür geworben, eine regelmäßige direkte Güterzugverbindung zwischen Mannheim und unserer chinesischen Partnerstadt Qingdao einzurichten, wie dies in Duisburg bereits realisiert ist“, erläuterte Oberbürgermeister Dr. Kurz.

Erstmals informierte sich eine Mannheimer Delegation im Rahmen einer China-Reise auch gezielt über die Möglichkeiten und Perspektiven chinesischer staatlicher sowie privater Kapital- und Risikokapitalgeber in Gesprächen mit der Leitungsebene bei „Cybernaut“, einem der bestbewerteten Investitionsfonds; und Vertretern des staatlichen „Silk Road Funds“ (Seidenstraßenfonds).

Kontakte aus dem UNESCO-Netzwerk

Neben den Gesprächen mit in China herausragenden Start-up-Centern war der Besuch der in Peking ansässigen größten chinesischen Design-Agentur „Dongdao Creative Branding Group“ ein besonderes Highlight. Der Kontakt zum Vorstandsvorsitzenden von Dongdao, der die Mannheimer Delegation persönlich empfing, geht unmittelbar auf das Netzwerk der UNESCO-Städte zurück, dem Mannheim als „UNESCO City of Music“ angehört. Der Besuch bei Dongdao verschaffte der Mannheimer Delegation aber nicht nur weitere Einblicke und die Möglichkeit, auch hier Mannheim als für chinesische Unternehmen interessanten deutschen Standort zu präsentieren. Als Geschenk präsentierte und übergab Dongdao ein Logo, das die Verbindung Mannheims mit China in kreativer und künstlerisch anspruchsvoller Weise widerspiegelt.

In Zusammenarbeit mit der, einem Ministerium gleichgestellten, chinesischen Freundschaftsgesellschaft (CPAFFC) richtete die Stadt Mannheim eine Pressekonferenz aus, an der



Foto: Isabel Fleinhold / Stadt Mannheim

Das Deutsche Unternehmenszentrum in Qingdao gehört zu den Vorzeigeprojekten der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit

zahlreiche überregionale chinesische Medien teilnahmen. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, der Geschäftsführer des Klinikums Mannheim, Dr. Jörg Blattmann, der Geschäftsführer der Mannheimer Gründerzentren GmbH, Christian Sommer, sowie der Geschäftsführer des Mannheimer Start-up-Unternehmens Königsweg, Sieer Angar, präsentierten bei dieser Gelegenheit die Vorteile des Standortes Mannheim sowie die spezifische China-Kompetenz, über die Unternehmen und Verwaltung in Mannheim verfügen.

„Wir verfolgen zwei strategische Ansätze“, so Oberbürgermeister Dr. Kurz: „Zum einen fördern wir gezielt junge Unternehmen, insbesondere im Umfeld großer (industrieller) Anwender. Zum anderen setzen wir auf die Internationalisierung unserer Start-ups. Neben Israel ist China dabei unser bedeutendstes Kooperationsland.“

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zog ein positives Resümee der Reise: „Wir haben Mannheim als China-Zentrum von Baden-Württemberg vorstellen können. Als einzige deutsche Stadt mit zwei chinesischen Partnerstädten verfügen wir zudem als einzige Stadt in Baden-Württemberg über einen China-Desk und setzen gezielt auf die Internationalisierung unserer Start-ups. Aus dem von vielen Partnern vor Ort exzellent vorbereiteten Besuch ergeben sich vielfältige Kontakte und Möglichkeiten, die nun zu nutzen und weiterzuentwickeln sind. Genau dafür haben wir unseren China Desk eingerichtet.“ ■

Infos

Stadt Mannheim:

📄 <https://www.mannheim.de>

Städtepartnerschaften der Stadt Mannheim:

📄 <https://www.mannheim.de/stadt-gestalten/partner-und-freundesstaedte>

Städtepartnerschaft zwischen Esslingen und Coimbatore in Indien:

Beziehung für Entwicklung und Völkerverständigung

Die Städte Esslingen am Neckar und Coimbatore in Indien sind nun offiziell Städtepartner. Esslingens Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger und sein Amtskollege Thiru P. Rajkumar aus Coimbatore unterzeichneten am 1. Juli 2016 die Partnerschaftsurkunde. Die neuen Partnerstädte wollen sich neben der Völkerverständigung und dem kulturellen Austausch insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit etwa im Bereich des Umweltschutzes widmen.

Ein Beitrag von
Jutta Fahrion



Foto: Ermanec / Wikimedia Commons

Die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen mit anderen Städten auf der ganzen Welt hat in Esslingen – hier der Marktplatz – eine lange Tradition

Wie kommt man zu einer Partnerstadt in Südindien? Diese Frage wurde und wird den Verantwortlichen in [Esslingen](#) oft gestellt, schließlich sind deutsch-indische Beziehungen auf kommunaler Ebene nicht gerade häufig anzutreffen. Mit zehn [Städtepartnerschaften](#) in West- und Osteuropa und in den USA engagiert sich die Stadt Esslingen am Neckar in Baden-Württemberg mit großer Beteiligung ihrer Bürgerschaft seit mehr als 50 Jahren aktiv für das Ziel des Aufbaus eines gemeinsamen und friedlichen Europas. In einer Zeit, die neben der Digitalisierung von nichts so geprägt ist wie der Globalisierung, sind gerade auch die Kommunen gefordert, darauf zu reagieren und ihren Beitrag zur Förderung interkultureller Kompetenzen und zur Völkerverständigung auch über den eigenen Kulturkreis hinaus zu leisten.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben Verwaltung und Gemeinderat in Esslingen die Weichen für eine sogenannte Nord-Süd-Partnerschaft gestellt. Aufgrund der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in Asien wurde eine Stadt im asiatischen Raum bevorzugt. Für Indien sprachen letztendlich die Gesichtspunkte eines politisch stabilen Landes mit demokratischen Strukturen und die relativ niedrige sprachliche Barriere, da die Amtssprache Englisch ist.

Erste Kontakte über Unternehmerfamilien

Dass die Wahl dann auf die Stadt Coimbatore fiel, hängt mit einer alten Freundschaft zusammen und ist eigentlich eine Geschichte für sich: Seit über fünf Jahrzehnten ist das

Zur Autorin:

Jutta Fahrion ist Leiterin des Referats Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen der Stadt Esslingen am Neckar.

Esslinger Unternehmen FESTO in Indien aktiv und bereits seit 75 Jahren besteht eine Freundschaft zwischen der FESTO-Familie Stoll und der Familie des Unternehmers G.D. Gopal in Coimbatore. Über diese Freundschaft wurden 2008 die ersten Kontakte geknüpft und nur ein Jahr später unterzeichneten die Oberhäupter beider Städte eine Absichtserklärung zur Begründung einer Städtepartnerschaft.

Doch der Weg bis zur Besiegelung der Städtepartnerschaft gestaltete sich anders als erwartet. In Indien sind Städtepartnerschaften noch wenig verbreitet und einem langwierigen bürokratischen Entscheidungsprozess auf nationaler und subnationaler Ebene unterworfen. Durch das große Engagement der Verantwortlichen in Coimbatore und mithilfe und Unterstützung des Deutschen Generalkonsulats, insbesondere von Generalkonsul Achim Fabig in Chennai, konnten die bestehenden freundschaftlichen Verbindungen aber schließlich in eine durch die indische Regierung genehmigte und anerkannte Städtepartnerschaft geführt werden. Die Freude ist in beiden Städten groß, denn mit der Unterzeichnung der Vereinbarung schreiben Esslingen und Coimbatore Geschichte: Es ist die erste Städtepartnerschaft zwischen einer deutschen und einer indischen Stadt, die auf dieser vertraglichen Basis vereinbart wird.

Besiegelung am Schwörtag

Die feierliche Unterzeichnung der Städtepartnerschaftsurkunde fand am 1. Juli 2016 in der schwäbischen ehemaligen Reichsstadt im Rahmen des traditionellen Schwörtags und des anschließenden Esslinger Bürgerfestes statt. Bis zuletzt war nicht klar, ob die hochrangige Delegation aus Coimbatore rechtzeitig die Reisebewilligung erhalten würde, denn diese muss von mehreren Behörden geprüft und genehmigt werden. Mit diesem Verfahren will man in Indien die Beamten schützen und ausschließen, dass es Alleingänge gibt oder die Städtepartnerschaft für private Zwecke missbraucht werden könnte.

Aus Erfahrung blieb man im Referat Städtepartnerschaften und Internationale Beziehungen der Stadt Esslingen relativ gelassen, bereitete konsequent den Besuch vor, druckte Einladungskarten und organisierte das Rahmenprogramm. Das Vertrauen wurde belohnt: Pünktlich am Schwörtag stand die Delegation aus Südindien tatsächlich auf



Foto: Stadt Esslingen am Neckar

dem Rathausplatz. Neben den Freunden aus Indien waren viele Gäste des öffentlichen Lebens ins Esslinger Rathaus gekommen. Mit dabei waren auch Delegationen aus Esslingens ältester und jüngster Partnerstadt Vienne in Frankreich und Piotrkow Trybunalski in Polen.

Begleitet von Grußworten der deutschen und indischen Botschafter unterstrich Esslingens Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger in seiner Rede die Bedeutung dieser interkommunalen Zusammenarbeit, die in Esslingen als konsequente Fortsetzung der Partnerschaftspolitik gesehen wird. „Die Partnerschaft mit Coimbatore steht einerseits für Völkerverständigung im traditio-

Schülerinnen und Schüler der Zollberg Realschule und der Matriculation and Higher Secondary School aus Coimbatore pflegen seit Jahren einen intensiven Austausch

Zur Partnerstadt

Über Coimbatore

Coimbatore ist mit rund 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nach Chennai, dem früheren Matras, die zweitgrößte Stadt im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu. Sie liegt im gleichnamigen Distrikt Coimbatore im Westen Tamil Nadus nahe der Grenze zum Bundesstaat Kerala. Die Stadt ist ein bedeutender Industriestandort mit zahlreichen Textil-, Metall-, Automobil- und Softwareunternehmen. Insgesamt 83 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Coimbatores sind Hindus, neun Prozent Muslime und acht Prozent Christen. Hauptsprache ist Tamil, Amtssprache ist Englisch.



Foto: Stadt Esslingen am Neckar

Der Tempel der Frauen gehört zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten in Coimbatore

nellen Sinne, für gegenseitige Achtung und Respekt der unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Andererseits bieten die Kontakte den Menschen in beiden Städten die Möglichkeit, den Blick für die Anforderungen und Zusammenhänge einer eng miteinander verflochtenen Welt zu schärfen“, betonte Dr. Zieger. So werde neben dem Kulturaustausch auch die Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes eine zentrale Rolle in dieser Partnerschaft spielen.

Für den Bürgermeister aus Coimbatore, Dr. P. Rajkumar, wird der 1. Juli 2016 als einer der wichtigsten Tage in die Geschichte der Municipal Corporation der Stadt Coimbatore eingehen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung sei die Geburt einer neuen Ära. „Für uns ist Esslingen besonders, weil dies die erste Partnerstadt der Stadt Coimbatore ist. Sie werden für uns immer die erste Partnerstadt bleiben und daher von besonderer Bedeutung sein“, betonte Rajkumar. „Wir umarmen diesen neuen Tag und wir verpflichten uns voll und ganz zu dieser Vereinbarung, damit wir zurückschauen können und feststellen, dass diese Partnerschaft eine tiefe Auswirkung auf das Leben unserer Bürger hat“.

Während ihres Besuches in Esslingen konnte die Delegation aus Coimbatore das große Esslinger Stadtfest hautnah miterleben und nahm viele Gelegenheiten wahr, mit der Esslinger Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Auf dem Programm standen neben Besuchen im Georgii-Gymnasium und in der Zollberg-Realschule, die bereits eine Schulpartnerschaft mit einer Schule in Coimbatore pflegt, verschiedene Besichtigungen. So ging es etwa zur Müllverbrennungsanlage nach Stuttgart-Münster und zur Bodenseewasserversorgung in Sipplingen. Informationen über die Esslinger Klimaschutzziele und ein Besuch der Hochschule Esslingen, die ebenfalls Kontakte nach Coimbatore aufgebaut hat, waren weitere Teile des Programms.

Austausch auf vielen Ebenen

Erfahrungsgemäß kann eine Städtepartnerschaft nur dort Erfolge erzielen und langfristig Perspektiven bilden, wo in beiden Städten ein Engagement von Personen und Institutionen vorhanden ist, die eine solche Partnerschaft tragen, unterstützen und mit Leben füllen. Die Vertreterinnen und Vertreter beider Städte waren sich einig, dass die



Foto: Stadt Esslingen am Neckar

Esslingens neue Partnerstadt Coimbatore erlebt – wie alle indischen Großstädte – durch die zunehmende Urbanisierung ein starkes Bevölkerungswachstum

Voraussetzungen dafür sowohl in Esslingen als auch in Coimbatore vorhanden sind. Als Keimzelle für die Städtepartnerschaft haben sich mit der ESSCOM (Esslingen-Coimbatore) Association in Coimbatore und dem Esslinger Arbeitskreis Coimbatore Partnerorganisationen gebildet, die auf bürgerschaftlicher Ebene zusammenarbeiten wollen. Ein regelmäßiger Schüleraustausch findet seit fünf Jahren zwischen der Zollberg Realschule Esslingen und der G.D. Matriculation and Higher Secondary School in Coimbatore statt. Im vergangenen Jahr haben beide Schulen eine offizielle Schulpartnerschaft unterzeichnet. Ein Schüleraustausch auf gymnasialer Ebene ist derzeit in Vorbereitung. Die Hochschule Esslingen pflegt eine Hochschulpartnerschaft mit dem PSG College of Technology in Coimbatore.

Die Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, Abfallwirtschaft und Stadtentwicklung wird in den kommenden Jahren in den Fokus der Zusammenarbeit rücken. Die Voraussetzungen sind gut, denn Coimbatore zählt neben den Städten Kochi und Bhubaneswar zu den drei Städten in Indien, die im Rahmen der Smart Cities Initiative zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden. ■

Infos

Stadt Esslingen am Neckar:

☞ <http://www.esslingen.de>

Städtepartnerschaften der Stadt Esslingen am Neckar:

☞ http://www.esslingen.de/,Lde/start/es_themen/partnerstaedte.html

Musterresolution zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung:

Erstes Vernetzungstreffen für Zeichnungskommunen

Insgesamt 30 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden haben sich bisher offiziell der **Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“** der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und des Deutschen Städtetages angeschlossen. Anfang November 2016 treffen sich die Zeichnungskommunen zu einem ersten Vernetzungstreffen, um sich über die Umsetzung der 2030-Agenda und ihrer 17 globalen Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene auszutauschen.

Ein Beitrag von
Sabine Drees und
Annette Turmann

Das Vernetzungstreffen der Zeichnungskommunen der **Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“** findet am 2. November 2016 in der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages (DST) in Köln statt und damit gut ein Jahr, nachdem die Weltgemeinschaft sich auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 25. bis 27. September 2015 in New York auf einen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung geeinigt hatte. Zu der gemeinsamen Veranstaltung von DST, Deutscher Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) sind Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung eingeladen, die den Beschluss zur Unterzeichnung der Musterresolution in den Rat eingebracht haben, ihn einbringen wollen oder bereits mit der Umsetzung des Beschlusses betraut sind.

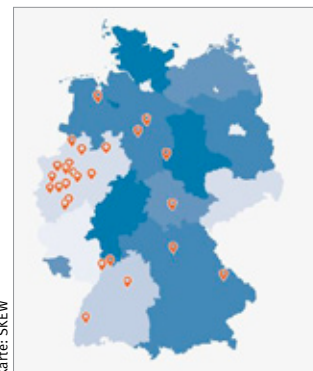
Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, die Zeichnungskommunen bei der Umsetzung der **2030-Agenda** im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt, hat auf ihrer Internetseite mittlerweile auch eine **Landkarte aller Kommunen** veröffent-

licht, die die Musterresolution der Deutschen Sektion des RGRE und des DST unterzeichnet haben. Dort kann auch die Liste der bisherigen 30 Zeichnungskommunen – von Arnshausen bis Witten – eingesehen werden.

Unterstützungsangebote der Servicestelle

Die Kommunen werden auf vielfältige Weise unterstützt, um der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung eine breite, tragfähige Basis auch auf lokaler Ebene zu geben. Im Rahmen ihres **Handlungsfeldes „Global Nachhaltige Kommune“** veranstaltet und fördert die SKEW in Kooperation mit Kommunalverwaltung und -politik sowie der Zivilgesellschaft vor Ort Fach- und Dialogforen sowie Konferenzen, bei denen die lokalen Akteure gemeinsam überlegen, wie sie ihren Beitrag zur 2030-Agenda konkret gestalten können.

Darüber hinaus berät die SKEW Kommunen dabei, wie und mit welchen Instrumenten und Maßnahmen kommunale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik Eingang in das tägliche Verwaltungshandeln finden können. Auch fördert und begleitet sie kommunale Nachhaltigkeitsprozesse und hilft bei der Erstellung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der 2030-Agenda. Studien und Leitfäden wie auch Trainings bieten Hilfestellung



Karte: SKEW

Die Landkarte der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zeigt alle deutschen Kommunen, die bisher die Musterresolution zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung unterzeichnet haben

Zu den Autorinnen:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST).

Annette Turmann ist Teamleiterin im Handlungsfeld „Global Nachhaltige Kommune“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

bei der Umsetzung. Zusätzlich ist ein **☑ Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik** wie auch personelle Unterstützung durch die Initiative **☑ „Koordination für kommunale Entwicklungspolitik“** besonders geeignet, Kommunen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu aktivieren und handlungsfähig zu machen.

Kommunen und die Nachhaltigkeitsziele

Die Anknüpfungspunkte zur Umsetzung der 2030-Agenda sind vielfältig. Alle 17 globalen Nachhaltigkeitsziele von der Armutsbekämpfung über die Gesundheitsvorsorge bis zum Klimaschutz oder zum Zugang zu verlässlicher Energie haben kommunale Bedeutung. Besondere Signalwirkung für kommunales Handeln weltweit hat aber das Ziel „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“. Kommunen, die sich engagieren wollen und die Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet haben, bestimmen dabei selbst die Reichweite und Tiefe ihrer Maßnahmen.

Wieso ist die Einbeziehung der Kommunen so entscheidend, um globale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen? 54 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in städtischen Gebieten. Städte generieren fast drei Viertel des weltweiten Wohlstandes. Gleichzeitig werden in Städten enorme Ressourcen verbraucht und der höchste Anteil an Kohlendioxid-Emissionen ausgestoßen. Nach einer Studie von Prof. Philipp Misselwitz können 65 Prozent der globalen Nachhaltigkeitsziele nicht ohne die Einbeziehung kommunaler Akteure erreicht werden.

Sechs der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele hängen explizit mit dem Ziel „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ (Ziel 11) zusammen. Weitere sieben Ziele sind implizit mit dem Stadtziel verbunden. Mehrere Ziele greifen die soziale Dimension der Nachhaltigkeit auf, wie etwa das Ziel „Armut in jeder Form und überall beenden“ (Ziel 1), das Ziel „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ (Ziel 3) und das Ziel „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ (Ziel 4). So wirken Kommunen an der Armutsbekämpfung im Rahmen der Sozialfürsorge mit und sie haben einen relevanten Bildungsauftrag.



Foto: SKEW

Auch das Entwicklungsziel „Dauerhaftes inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung mit menschenwürdiger Arbeit für alle fördern“ (Ziel 8) und das Ziel „Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen“ (Ziel 12) sind ohne kommunale Unterstützung schwer zu verwirklichen. In vielen Kommunen sind heute Sozialstandards wie die Berücksichtigung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und damit das Verbot von Kinderarbeit fester Vertragsbestandteil bei der Vergabe für Produkte und Dienstleistungen.

Kommunen sind natürlich auch Anbieter – insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser oder Verkehrsinfrastruktur. Dabei übernehmen sie ökologische und soziale Verantwortung. Die ökologischen Ziele der Nachhaltigkeit sind Gegenstand des Ziels „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern“ (Ziel 7) und des Ziels „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“ (Ziel 13). Auch bei der ökologischen Nachhaltigkeit sind Kommunen strategisch, planerisch und durch eine Vielzahl von Programmen und Projekten etwa im Bereich der intermodalen Mobilität, des Ressourcenschutzes, des Flächenmanagements und des nachhaltigen Bauens Vorreiter.

Geplante Maßnahmen der Zeichnungskommunen

Welche Maßnahmen planen die Zeichnungskommunen? Viele Kommunen wie die Städte München, Freiburg, Hannover, Solingen und Speyer sowie der Ilm-Kreis möchten das Stadtziel 11 umsetzen und ihre Kommune durch lokale Nachhaltigkeitsstrategien inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten. Auch das Ziel „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“ soll vie-

Mithilfe der Musterresolution können deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden ihre Bereitschaft signalisieren, die 2030-Agenda und ihre globalen Nachhaltigkeitsziele mit Leben zu füllen

lerorts umgesetzt werden. Die Region Hannover will Vorbildregion sein für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Diesem Anspruch wird sie unter anderem gerecht durch Klimaschutzkonzepte für die Verwaltung von Region und Stadt Hannover sowie im regionalen Raumordnungsprogramm, im Verkehrsentwicklungsplan „Pro Klima“ und im regionalen Naherholungsplan.

Integrierte Klimaschutzkonzepte spielen auch im IIm-Kreis und in den Städten Solingen, Speyer und Recklinghausen bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele eine große Rolle. In vielen Kommunen sollen Klimaschutzaktivitäten auf quartiersbezogene Ansätze ausgeweitet werden. Im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte finden etwa energetische Sanierungen statt. In Dinslaken soll das ehemalige Zechengelände und die Gartenstadt Lohberg zum größten zusammenhängenden kohlenstoffdioxidfreien Siedlungsareal Deutschlands entwickelt werden.

Den Ausbau des bestehenden Partnerschaftsnetzes (Ziel 17) haben sich Städte wie Hannover, Bonn und Solingen auf die Fahnen geschrieben. Auch Bildung für nachhaltige Entwicklung, ein Unterziel des Ziels 4, ist ein wichtiges Thema in den Kommunen. In Bonn, Dinslaken, Hannover, Recklinghausen, Solingen und Speyer sowie im IIm-Kreis gibt es Angebote zur Informations- und Bewusstseinsbildung zu den Nachhaltigkeitszielen oder es werden kommunale Bildungsstrategien aufgebaut.

SKEW-Pilotprojekte in NRW und Thüringen

Einige der Zeichnungskommunen beteiligen sich auch an den Projekten [„Global Nachhaltige Kommune in NRW“](#) und [„Global Nachhaltige Kommune in Thüringen“](#), die die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Nordrhein-Westfalen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. und in Thüringen mit dem Verein Zukunftsfähiges Thüringen e.V. durchführt. Im Rahmen der Projekte wollen die beteiligten Modellkommunen die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterbrechen“ und eine kommunale integrierte Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort erarbeiten. Dabei werden besonders die internationalen Auswirkungen des Handelns vor Ort verdeutlicht und die Bedeutung der globalen Verantwortung auf lokaler Ebene hervorgehoben.



Foto: Region Hannover

Für die Region Hannover unterzeichnete Regionspräsident Hauke Jagau am 21. Juni 2016 die Musterresolution zur 2030-Agenda auf kommunaler Ebene

Die beiden Projekte leisten damit einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der 2030-Agenda auf kommunaler Ebene sowie zu einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung vor Ort, die soziale, ökonomische und ökologische Zielsetzungen miteinander verbindet, für entwicklungspolitisches Engagement wirbt und sektorübergreifendes Denken und Handeln in der Kommune befördert.

Das Modell zur Entwicklung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien umfasst sechs Schritte. Der erste Schritt betrifft die Organisation des Prozesses zur Entwicklung, späteren Umsetzung und kontinuierlichen Verbesserung der Nachhaltigkeitsstrategie. Dazu gehört, alle relevanten institutionellen Akteure sowie die Bevölkerung über das Vor-

Neue Publikation des CEMR

Lokale und regionale Strukturen in Europa

Der europäische Dachverband des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) hat eine neue Publikation über die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa herausgegeben. Sie enthält kommunalrelevante Informationen über die 42 Länder, in denen der CEMR mit Sektionen vertreten ist. Darüber hinaus werden in einer Informationsgrafik wichtige Eckpunkte zum lokalen und regionalen Europa präsentiert. Die Broschüre bietet damit einen guten Überblick über die lokale und regionale Struktur in Europa.

Die Publikation „Local and Regional Governments in Europe: Structures and Competences“ ist Ergebnis einer Studie, die in den CEMR-Mitgliedsverbänden durchgeführt wurde. Sie kann in englischer und in französischer Sprache im Internet heruntergeladen werden.

Publikation in englischer Sprache:

http://www.ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_structures_and_competences_2016_EN.pdf

Publikation in französischer Sprache:

http://www.ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_structures_and_competences_2016_FR.pdf



haben zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie zu informieren und querschnittsorientierte Arbeitsstrukturen einzurichten.

Im zweiten Schritt geht es um die Bestandsaufnahme. Dazu wird mit quantitativen und qualitativen Methoden analysiert, in welchen Bereichen – etwa Gesundheit, Wirtschaft, Energieversorgung, Umwelt und Wohnen – Handlungsbedarf im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung besteht. Auf dieser Grundlage kann im dritten Schritt die eigentliche Erarbeitung des Handlungsprogramms als strategischem Konzept erfolgen. Diese Erarbeitung findet in einem partizipativen Prozess statt, bei dem unterschiedliche Akteure die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen, Wünsche und Ressourcen einzubringen. Am Ende dieses Prozesses steht als konkretes Ergebnis das Dokument der Nachhaltigkeitsstrategie.

Damit dieses Dokument als grundlegendes Prinzip des Handelns in allen Bereichen der kommunalen und regionalen Entwicklung Eingang findet und legitimiert ist, wird es im vierten Schritt von den formalen Entscheidungsorganen – Ausschüsse und Rat – offiziell beschlossen. Mit dem formellen Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie beginnt im fünften Schritt die Umsetzung der in dem Handlungsprogramm formulierten Maßnahmen entsprechend des dort ebenfalls festgelegten Zeitplans. Die Umsetzung der Maßnahmen zum Erreichen der gesteckten Ziele wird dabei durch ein indikatorengestütztes Monitoring begleitet. Auf der Grundlage des begleitenden Monitorings wird auch der Erfolg der Strategie regelmäßig evaluiert und das Ergebnis dieser Evaluation in Berichten festgehalten.

Im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses erfolgt nach der Evaluierung die Fortschreibung der Strategie auf Grundlage der Evaluierungsergebnisse. Dadurch wird gewährleistet, dass die Strategie an veränderte Rahmenbedingungen angepasst wird und somit immer aktuell bleibt. In diesem Sinne wird auch das Handlungsprogramm überarbeitet, an die aktuellen Entwicklungen angepasst und der Status der Zielerreichung festgehalten. Dies führt zu einem Nachhaltigkeitsbericht, der die positiven aber auch negativen Entwicklungen seit dem Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie aufzeigt und in Form eines überarbeiteten Handlungsprogramms Rückschlüsse daraus zieht. Dieser Bericht wird wiederum formell beschlossen, die Maßnahmen des Handlungsprogramms werden weiter umgesetzt und der Prozess durch ein Monitoring begleitet, das wiederum nach einer gewissen Zeit evaluiert wird.



Foto: SKEW / Jürgen Theobald

Im Rahmen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ entwickeln derzeit 15 nordrhein-westfälische Modellkommunen integrierte Nachhaltigkeitsstrategien

Die einzelnen Schritte werden in einem bestimmten zeitlichen Turnus kontinuierlich durchgeführt und tragen so dazu bei, dass die Strategie den aktuellen Umständen entsprechend angepasst ist und gegebenenfalls Fehler und Fehleinschätzungen korrigiert werden können.

In Nordrhein-Westfalen durchlaufen derzeit 15 Modellkommunen diesen Prozess: die Städte Arnsberg, Bad Berleburg, Bedburg, Bonn, Dinslaken, Dortmund, Eschweiler, Herdecke, Köln, Münster, Solingen, Willich, die Gemeinde Jüchen sowie die Kreise Steinfurt und Unna. In Thüringen beginnt das Projekt und der damit verbundene Prozess mit einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2016. Die Projekte sind jeweils auf eine Laufzeit von zwei Jahren ausgelegt. ■

Infos

2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung (Englisch):

☞ http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E

Musterresolution zur 2030-Agenda der Deutschen Sektion des RGRE:

☞ <http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2030AgendaErklaerung.pdf>

Landkarte der Zeichnungskommunen der Musterresolution:

☞ <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-2030-agenda.html>

Handlungsfeld „Global Nachhaltige Kommune“ der Servicestelle:

☞ <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html>

Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik:

☞ <https://skew.engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>

Initiative „Koordination für kommunale Entwicklungspolitik“:

☞ <https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>

Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“:

☞ <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune-in-nrw.html>

Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Thüringen“:

☞ <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommunen-in-thueringen.html>

Zum Tod von Bürgermeister a.D. Dr. Josef Hofmann:

RGRE trauert um Ehrenpräsidenten

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) trauert um ihren langjährigen Präsidenten und Ehrenpräsidenten, Dr. Josef Hofmann. Der Bürgermeister a.D. der Stadt Mainz verstarb am 13. August 2016 im Alter von 89 Jahren.

Dr. Josef Hofmann war ein engagierter Kommunalpolitiker und leidenschaftlicher Europäer. Fast ein Vierteljahrhundert wirkte der Christdemokrat in Mainz als Bürgermeister und kämpfte jahrzehntelang im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) für die Anerkennung und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung. Von 1980 bis 1983 war er Präsident der Deutschen Sektion des RGRE sowie von 1984 bis 1992 Präsident und von 1992 bis 1998 Erster Vizepräsident des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR). 1998 wurde er Ehrenpräsident des CEMR und 2003 Ehrenpräsident der Deutschen Sektion des RGRE.

„Josef Hofmann hat die Deutsche Sektion des RGRE entscheidend geprägt. Er war durch und durch Europäer und hat früh die wichtige Rolle der Kommunen am Aufbau Europas erkannt. Sein Wirken im europäischen Dachverband hat wesentlich dazu beigetragen, die Rolle der Deutschen Sektion im CEMR zu stärken. Sein nimmer nachlassender Einsatz für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger ist uns Ansporn und Verpflichtung zugleich“, erklärte RGRE-Präsident und Landrat Georg Huber zum Tode von Dr. Josef Hofmann.

Hofmann gehörte auch zu den Männern der ersten Stunde, als bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ein Beirat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ins Leben gerufen wurde. Dem Vorläufer des heutigen Ausschusses der Regionen stand er von 1998 bis 1992 vor. Über viele Jahre engagierte Hofmann sich auch im Europarat in Straßburg. Von 1992 bis 1994 war er Vizepräsident der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen und setzte sich

für dessen Aufwertung zum Kongress der Gemeinden und Regionen mit seinen beiden Kammern – der Kammer der Kommunen und der Kammer der Regionen – ein. 1994 wurde er Vorsitzender der Kammer der Gemeinden und Vizepräsident des Kongresses. Mit seinem Ausscheiden 1998 ernannte ihn auch der Kongress zum Ehrenpräsidenten.

Geboren wurde Josef Hofmann am 23. März 1927 in Hausen im Westerwald. Er ging in Hadamar und Limburg an der Lahn zur Schule. 1944 wurde er zum Militär eingezogen und geriet in russische Kriegsgefangenschaft. Zurück in der Heimat, machte Hofmann 1947 in Limburg Abitur und studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Mainz. Nach Staatsexamina und Promotion eröffnete er 1957 eine Anwaltspraxis.

Im Jahr 1953 trat Hofmann in die CDU ein. 1960 wurde er in den Mainzer Stadtrat gewählt und ein Jahr später bereits Bürgermeister der Stadt. Gleichzeitig übernahm er als Stadtkämmerer die Leitung des Finanzdezernates. Zudem gehörte er von 1965 bis 1969 dem Deutschen Bundestag an. Stadtoberhaupt blieb er bis 1985. Danach war er bis 1989 ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt.

Hofmann wurde im In- und Ausland geschätzt. Er erhielt das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und den Ehrenring der Stadt Mainz. Für seine europäischen Verdienste wurde er mit dem Kaiser-Maximilian-Preis des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck, dem Verdienstorden der Republik Portugal und dem Verdienstorden der Republik Frankreich ausgezeichnet. Die Deutsche Sektion des RGRE wird Dr. Josef Hofmann ein ehrendes Andenken bewahren. ■



Foto: Barbara Batsch

Dr. Josef Hofmann hat maßgeblich daran mitgewirkt, die Kommunen zu einem festen Bestandteil der europäischen Integration zu machen

Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen:

Europäische Lösungen für die Stadtentwicklung

Die Ende Mai 2016 verabschiedete EU-Städteagenda verdeutlicht die Bedeutung der lokalen Ebene für eine intelligente, nachhaltige und integrative Entwicklung in Europa. Die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen der Interreg-Programme hat dazu schon beigetragen und bietet deutschen Kommunen und Regionen auch zukünftig interessante Möglichkeiten, zusammen mit europäischen Partnern neue Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Stadt- und Regionalentwicklung zu erproben. Ein wichtiges Handlungsfeld ist die Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung.

Ein Beitrag von
Daniel Zwicker-Schwarm und Dr. Beate Hollbach-Grömig

Nachhaltiges Bauen und die energetische Sanierung von Gebäuden und Quartieren sind wichtige Bausteine einer nachhaltigen Stadtentwicklung: Rund 40 Prozent des gesamten Energieendbedarfs und rund ein Drittel der Kohlendioxid-Emissionen entfallen auf Gebäude. In Deutschland werden 90 Prozent aller mineralischen Rohstoffe zur Produktion von Baustoffen eingesetzt und am Abfallaufkommen ist der Bausektor mit über 50 Prozent beteiligt. Auf europäischer Ebene wurde die Thematik bisher vor allem mit Vorgaben zur Energieeffizienz von Gebäuden adressiert. So dürfen nach der EU-Gebäuderichtlinie aus dem Jahr 2000 Neubauten ab 2020 praktisch keine Energiezufuhr mehr benötigen. Aktuell weitet die Europäische Kommission ihren Fokus in Richtung des nachhaltigen Bauens im Sinne einer integrierten, lebenszyklusorientierten Betrachtung aus. In verschiedenen europäischen Ländern wurden bereits nationale Standards für nachhaltiges Bauen entwickelt – so in Deutschland beispielsweise das System der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB).

Transnationale Standards für nachhaltigen Wohnungsbau

Im Bereich des nachhaltigen Bauens haben transnationale Projekte dazu beigetragen,



Foto: Projekt Althouse

bautechnische Innovationen zu erproben und europäische Standards zu entwickeln. So haben im Interreg-Projekt [„Longlife“](#) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche Verwaltungen aus fünf Ländern des Ostseeraumes einen Prototyp für ein nachhaltiges Wohngebäude entworfen, der die kulturellen und klimatischen Gegebenheiten des Kooperationsraumes berücksichtigt. Dabei wurden ein Nachhaltigkeitszertifikat sowie länderübergreifende Planungs- und Genehmigungsstandards entwickelt, die zukünftig Investitionen in nachhaltigen Wohnungsbau und transnationale Geschäftsaktivitäten

Das Interreg-Projekt „AlpHouse“ verbindet energetische Gebäudesanierung und alpine Bautraditionen

Zu den Autoren:

Daniel Zwicker-Schwarm ist Projektleiter im Institut für Systemisches Management und Public Governance (IMP-HSG) der Universität St. Gallen.

Dr. Beate Hollbach-Grömig ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).

erleichtern. Longlife konnte damit europäische Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden aufgreifen und sie mit einer Lebenszyklusbetrachtung, die auch die Nachhaltigkeit von Baustoffen und der Gebäudebewirtschaftung berücksichtigt, verknüpfen.

Im Folgeprojekt [„Longlife Invest“](#) konnte mit einem Studentenwohnheim der Universität Klaipėda in Litauen dieser Prototyp realisiert werden. Um das Projektthema weiter zu verstetigen, haben die Projektpartner – darunter die Wohnungsbaugesellschaft der brandenburgischen Landeshauptstadt „Pro-Potsdam“ und die Technische Universität Berlin – das [Longlife Institute e.V.](#) gegründet.

Gebäudesanierung und Baukultur

In der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden liegt für Städte und Gemeinden ein wichtiger Schlüssel, um politisch vorgegebene oder selbst formulierte Klimaschutzziele zu erreichen und Impulse zur Belebung der heimischen Bauwirtschaft zu setzen. Verschiedene Interreg-Projekte haben sich damit beschäftigt, Baukultur und Denkmalschutz bei der energetischen Sanierung besser zu berücksichtigen oder neue Informations- und Qualifikationsangebote zu entwickeln. So hat die Handwerkskammer München und Oberbayern im Projekt [„AlpHouse“](#) zusammen mit ihren Partnern aus anderen Alpenländern Qualifizierungsmodule für lokale Handwerker, Architekten, Planungsbüros und andere kleine und mittlere Unternehmen des Bausektors entwickelt, getestet, evaluiert und optimiert. Dabei ging es darum, die traditionelle Baukultur des Alpenraums und die Erfordernisse an moderne Energieeffizienz- und Nachhaltigkeitsstandards miteinander zu verbinden. Durch die gezielte Ansprache lokaler Betriebe und den Fokus auf die Verwendung regionaler Baustoffe leistet der Ansatz des Projekts auch einen Beitrag zur Stärkung der Regionalwirtschaft.

Integrierte Stadtentwicklung

In der Stadt- und Quartiersentwicklung sind spätestens mit der Verabschiedung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt vor rund zehn Jahren integrierte Ansätze in den Mittelpunkt gerückt. Die Idee: Zentrale städtische Politikfelder sollen in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht besser miteinander verknüpft werden, um so den sozialen, ökonomischen und ökologischen Heraus-



Foto: Martin Frank / Projekt AlpHouse

forderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung besser gerecht zu werden. Verschiedene Interreg-Projekte haben sich mit neuen Ideen und Instrumenten für eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung beschäftigt.

Die Stadt Ludwigsburg hat bereits vor mehr als zehn Jahren in einem breiten Beteiligungsprozess mit seinem Stadtentwicklungskonzept die Grundlagen für eine nachhaltige Stadtentwicklung gelegt. Dabei wird die nachhaltige Stadtentwicklung als gesamtstädtischer Steuerungsansatz verstanden, der durch thematische Masterpläne sowie Stadtteilentwicklungspläne umgesetzt wird. Eine energieeffiziente Stadtentwicklung sowie der Ausbau erneuerbarer Energien sind wesentliche Ziele der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dabei konnte die Stadt zusammen-

Im Rahmen des Interreg-Projektes „AlpHouse“ wurden Weiterbildungsangebote für das Bauhandwerk durchgeführt

Interreg B

Transnationale Zusammenarbeit

Interreg oder die Europäische Territoriale Zusammenarbeit ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union. Seit mehr als 20 Jahren werden damit grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionen und Städten unterstützt, die das tägliche Leben beeinflussen, zum Beispiel im Verkehr, beim Arbeitsmarkt und im Umweltschutz. Interreg wird in drei Schwerpunkten (sogenannten Ausrichtungen) umgesetzt. Während bei Interreg A die Zusammenarbeit in benachbarten Grenzregionen gefördert wird, steht bei der transnationalen Zusammenarbeit (Interreg B) die Kooperation in größeren, staatenübergreifenden Räumen im Mittelpunkt. Im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit (Interreg C) werden Kooperationsnetze und Erfahrungsaustausche gefördert, die die Wirksamkeit bestehender Instrumente für Regionalentwicklung und Kohäsion verbessern.

An Interreg-Projekten müssen sich Partner aus mindestens drei Staaten beteiligen, darunter in der Regel mindestens zwei EU-Staaten. Üblich sind jedoch deutlich größere Konsortien, da es je nach Projektthema und Problemstellung sinnvoll ist, Partner aus mehreren Ländern in ein transnationales Projekt einzubeziehen. Die Gesamtkosten typischer Interreg-Projekte variieren in der Regel zwischen einer und fünf Millionen Euro. Je nach Programmraum müssen zwischen 15 und 50 Prozent der Projektausgaben von den Projektbeteiligten kofinanziert werden. Die Projektlaufzeit beträgt zumeist drei Jahre.

mit seinen europäischen Partnern in mehreren Interreg-Projekten wichtige Meilensteine auf diesem Weg erreichen.

Konzepte, Instrumente und Pilotprojekte

Im Interreg-Projekt [☑ „EnergyCity“](#) konnte die Stadt Ludwigsburg wichtige Datengrundlagen und GIS-Instrumente für das stadtweite Gesamtenergiekonzept erarbeiten. Im Projekt [☑ „EnSURE“](#) wurden energetische Stadtteilentwicklungspläne erstellt. So konnten für ein bestehendes Quartier Szenarien zur Sanierung und Modernisierung sowie neue Konzepte für die Energieversorgung realisiert werden. Im Projekt [☑ „MUSIC“](#) gelang es, in einem benachteiligten Stadtquartier die Bewohnerinnen und Bewohner nach einer Methode der Universität Rotterdam für einen bewussteren Umgang mit Energie und für das Energiesparen zu sensibilisieren. Sichtbar wird das europäische Engagement beim Neubau des Mehrgenerationenhauses im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg: Die Mehrkosten für einen hohen energetischen Standard konnten aus Interreg-Mitteln gefördert werden.

Bildungs- und Wissensaktivitäten inklusive

Nachhaltige Stadtentwicklung benötigt die Mitwirkung aller – Bildung und Wissen nehmen hier eine wichtige Rolle ein. Das Interreg-Projekt [☑ „Livinggreen.eu“](#) hatte den Aufbau eines Netzwerks an sogenannten Nachhaltigkeitszentren in fünf nordwesteuropäischen Städten rund um die Bereiche Energie, nachhaltiges Bauen und Sanieren zum Ziel. In Ludwigsburg entstand dabei das Wissenszentrum Energie – eine anschauliche und interaktive Ausstellung zum Thema Bauen und Sanieren, Energiesparen im Alltag, den ökologischen Fußabdruck und den Klimawandel. An verschiedenen Stationen der Ausstellung haben Jung und Alt die Möglichkeit, sich mit den verschiedenen Themen vertraut zu machen. Wer mehr wissen will, erhält an Ort und Stelle auch gleich weitergehende Informationen und viele praktische Tipps. Der Erfolg des Wissenszentrums liegt nicht zuletzt auch an dem niederschweligen Angebot: Der Eintritt ist kostenlos und der Besuch im Wissenszentrum Energie im Kulturzentrum lässt sich leicht mit einem Gang zur Stadtbibliothek oder zum Rathaus verbinden. Ein Förderkreis und ein Runder Tisch „Nachhaltig Bauen und Sanieren“ sorgen mit dafür, dass aus dem Wissen auch Taten werden.



Foto: Stadt Ludwigsburg

Mit Hilfe europäischer Förderung erfüllt das Mehrgenerationenhaus Grünbühl-Sonnenberg in Ludwigsburg hohe Energiestandards

Erfolgsfaktoren der europäischen Projektarbeit

Die Beispiele verdeutlichen wichtige Faktoren, wie die Mitarbeit in Interreg-Projekten sich für Kommunen und Regionen auszahlen kann. Gute Projekte greifen gemeinsame und für den Kooperationsraum typische Herausforderungen auf – hier etwa regionale Baukultur oder Siedlungsformen. Das Projektthema ist möglichst in eine breitere lokale Strategie eingebettet und leistet dazu einen Baustein. Die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern beschränkt sich nicht auf einen reinen Erfahrungsaustausch oder konzeptionelle Arbeiten, sondern findet ihren Niederschlag in sichtbaren und erlebbaren Angeboten und Pilotinvestitionen vor Ort. Wesentliche Zielgruppen, etwa Gewerbe-

Transnationale Zusammenarbeit

Vorteile der Kooperation

Projektpartner erhalten eine nicht unerhebliche finanzielle Unterstützung von der EU. Durch Bündelung von Kapazitäten im Projektverbund können weitere Kosten gespart werden. Durch die Zusammenarbeit profitieren die Projektbeteiligten von Wissen und Expertise der Partner und erhalten eine andere Sicht auf eigene Herausforderungen. Projekte eröffnen die Chance, innovative Ideen einfach einmal auszuprobieren.

Die Teilnahme an einem EU-Projekt bedeutet mehr Aufmerksamkeit für das Projektthema und die jeweilige Institution auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene – sowohl von Medien als auch von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Das kann Entwicklungen beschleunigen und führt im besten Fall zu einem Imagegewinn.

Nicht zu unterschätzen ist der soziale Mehrwert: Durch die Projektteilnahme wird „Europa gelebt“. Man gewinnt Einblick und damit auch Verständnis für andere Länder, Strukturen und Verfahren. Die Vernetzung mit Kolleginnen und Kollegen, Institutionen und Unternehmen bleibt häufig über die Laufzeit hinaus bestehen und kann auch nach Abschluss des Projektes zu besseren Arbeitsergebnissen führen.

treibende oder Quartierbewohnerinnen und -bewohner, werden dabei von Beginn an in die Projektarbeit mit einbezogen.

Aktuelle Fördermöglichkeiten

Deutschland ist mit verschiedenen Bundesländern und Regionen an insgesamt sechs Interreg B-Programmen beteiligt: Alpenraum, Donaauraum, Mitteleuropa, Nordseeraum, Nordwesteuropa und Ostseeraum. In der Förderperiode 2014 bis 2020 stehen für Projekte in den sechs Kooperationsräumen insgesamt etwa 1,4 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereit. Interreg ist auf die Ziele der Strategie „Europa 2020“ ausgerichtet, die auf zehn Jahre hin angelegte Wachstumsstrategie der EU.

In dieser Förderperiode mussten sich die Kooperationsprogramme stärker als bisher thematisch fokussieren und aus vorgegebenen Förderprioritäten eine begrenzte Anzahl an Themen auswählen: Innovationsförderung, Energie und Klimaschutz, Umwelt und natürliche Ressourcen sowie Raumentwicklung und Governance sind dabei die zentralen Förderprioritäten.

Die [Interreg-Internetseite](#) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hält ein breites Informationsangebot bereit. Neben allgemeinen Informationen zum Interreg-Programm bietet sie gute Beispiele, eine Projektdatenbank, Veröffentlichungen sowie Tipps zur Umsetzung und benennt die Ansprechpartnerinnen und -partner in den Interreg-Kooperationsräumen. ■

Hinweis

Veranstaltungs-dokumentation

Über erfolgreiche Beispiele transnationaler Kooperation und aktuelle Fördermöglichkeiten informierte im Frühjahr 2016 die Veranstaltung „Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit im Gebäude, Quartier und Stadtentwicklung“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) in Stuttgart. Eine Veranstaltungsdokumentation kann unter [www.interreg.de \(Pfad: Aktuelles/Veranstaltungen\)](#) abgerufen werden.



Foto: Stadt Ludwigsburg / Axel Waldecker / FIXTRIME

Im Rahmen des Interreg-Projektes „Livinggreen.eu“ entstand in Ludwigsburg das Wissenszentrum Energie

Infos

Interreg-Internetseite des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

<http://www.interreg.de>

Interreg-Projekt „Longlife“:

<http://www.longlife-world.eu>

Interreg-Projekt „Longlife Invest“:

<http://longlife-invest.eu>

Longlife Institute e.V.:

<http://www.longlife-institute.org>

Interreg-Projekt „AlpHouse“:

<http://www.alphouse.de>

Interreg-Projekt „EnergyCity“:

<http://www.energycity2013.eu>

Interreg-Projekt „EnergyCity“ in Ludwigsburg:

http://www.ludwigsburg.de/,Lde/start/stadt_buerger/EnergyCity.html

Interreg-Projekt „EnSURE“:

<http://www.ensure-project.eu>

Interreg-Projekt „EnSURE“ in Ludwigsburg:

http://www.ludwigsburg.de/,Lde/start/stadt_buerger/EnSURE.html

Interreg-Projekt „MUSIC“:

<http://www.themusicproject.eu>

Interreg-Projekt „MUSIC“ in Ludwigsburg:

http://www.ludwigsburg.de/,Lde/start/stadt_buerger/MUSIC.html

Interreg-Projekt „Livinggreen.eu“:

<http://www.livinggreen.eu>

Interreg-Projekt „Livinggreen.eu“ in Ludwigsburg:

http://www.ludwigsburg.de/,Lde/start/stadt_buerger/livinggreen.html

Europäische Wettbewerbe

Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt

Die Staatskanzlei, die Medienanstalt und die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt rufen in Kooperation mit dem Europäischen Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt Einzelpersonen, Projektgruppen, Vereine, Organisationen und Studierende medienorientierter Studiengänge im Land auf, sich um den Europa.Medien. Preis zu bewerben. Die Teilnahme ist erstmals nicht an die Mitgliedschaft in einem Offenen Kanal oder einem nichtkommerziellen Lokalradio gebunden. Eingereicht werden können Videos und Audioproduktionen sowie Fotos, Internetauftritte und Medienkampagnen, die 2016 produziert worden sind. Dabei sollen sich die Beiträge mit aktuellen europäischen Themen befassen. In den Kategorien Jurypreis, Internetvoting und Publikumspreis gibt es jeweils 1.000 Euro Preisgeld. Zudem besteht die Chance, an einem Medienworkshop in Halle oder Magdeburg und an einer viertägigen Studienfahrt nach Brüssel teilzunehmen.

Einsendeschluss: 15. Oktober 2016

Infos: <http://www.europamedienpreis.de>

Junge Europäer des Jahres 2017

Die Schwarzkopf-Stiftung sucht junge Menschen aus Europa zwischen 18 und 26 Jahren, die sich in außerordentlicher Weise ehrenamtlich für die Verständigung zwischen den Völkern und die Integration Europas engagiert haben. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert, mit dem ein halbjähriges Praktikum bei einem Europaabgeordneten oder einer europäischen Institution finanziert werden soll.

Einsendeschluss: 30. Oktober 2016

Infos: <http://polls.eyp.org/jedj-2017>

Nationaler Wettbewerb für Europäisches Jugendparlament

Das Europäische Jugendparlament in Deutschland sucht Jugendliche, die Deutschland auf den internationalen Jugendkonferenzen im Herbst 2017 in Tiflis in Georgien und im Frühjahr 2018 in einer weiteren europäischen Stadt vertreten. Jugendliche von 15 bis 19 Jahren können sich mit einer siebenköpfigen Delegation oder als Einzelpersonen bewerben, indem sie eine englischsprachige Resolution zur möglichen Kooperation der EU-Staaten mit Nicht-EU-Transit-

staaten in der Flüchtlingsfrage verfassen. Hintergrund des Themas ist, dass die EU als Teil einer globalisierten Welt die Flüchtlingskrise nicht alleine, sondern nur gemeinsam mit weiteren Staaten lösen kann. 33 Schuldelegationen sowie 33 Einzelbewerber nehmen an einer der drei regionalen Auswahl Sitzungen im Frühjahr 2017 teil, wo sie sich für das Bundesfinale qualifizieren können. Die besten Schuldelegationen fahren dann zu den internationalen Sitzungen des Europäischen Jugendparlaments.

Einsendeschluss: 1. November 2016

Infos: <http://www.eyp.de/mitmachen/wettbewerb/>

Wettbewerbe der grünsten Städte Europas

Die Europäische Kommission sucht die grünsten Städte in Europa. Für den Wettbewerb „Grüne Hauptstadt Europas“ für das Jahr 2019 können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bewerben, die eine Vorreiterrolle beim umweltfreundlichen Leben in Städten übernehmen und als Vorbild für andere Städte dienen können. Der Wettbewerb „Europäisches Grünes Blatt“ für das Jahr 2018 richtet sich an europäische Städte und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 20.000 bis 100.000. Ausgezeichnet werden Kommunen, die erfolgreich nachhaltigen Wandel und Wachstum umsetzen.

Einsendeschluss: 3. November 2016

Infos: <http://www.euconf.eu/egc-egl-application/>

IPZ-Europapreis 2016

Das Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) ruft Kommunen, Schulen und Partnerschaftskomitees auf, sich um den diesjährigen IPZ-Europapreis zu bewerben. Preise gibt es in den Kategorien „Partnerschaftsprojekt“, „Schulprojekt“ und „Europa projekt“. In der Kategorie „Partnerschaftsprojekt“ werden Projekte von Partnerschaftsvereinen ausgezeichnet, die im Rahmen von Städtepartnerschaften durchgeführt werden und zur Vertiefung und Festigung der Partnerschaften führen. Ausgenommen sind internationale Projekte im Rahmen von Schulpartnerschaften. Diese werden im Rahmen der Kategorie „Schulprojekt“ ausgezeichnet. In der Kategorie „Europa projekt“ werden Projekte von Kommunen prämiert, die unmittelbar auf die Förderung des Verhältnisses für die Einheit Europas ausgerichtet sind.

Einsendeschluss: 30. November 2016

Infos: <http://www.ipz-europa.de/45.html>

Neuer britischer EU-Kommissar für die Sicherheitsunion:

Sir Julian King ernannt

Sir Julian King ist neues Mitglied der Europäischen Kommission. Nachdem das Europäische Parlament den britischen Spitzendiplomaten am 15. September 2016 mit 394 Ja- gegen 161 Nein-Stimmen bei 83 Enthaltungen bestätigt hatte, ernannte ihn der Rat vier Tage später offiziell zum Kommissionsmitglied. King ersetzt Lord Jonathan Hill, der nach dem Brexit-Votum in Großbritannien die Aufgabe als EU-Finanzkommissar und Vertreter seines Landes im Kollegium niedergelegt hatte.

King hat allerdings nicht das fachliche Portfolio seines Vorgängers übernommen. Es war nicht vorstellbar, dass der voraussichtlich letzte britische Kommissar die wichtigen Finanzmarktfragen verantwortet, während sein Land über den Austritt aus der EU verhandelt. Stattdessen soll sich King als EU-Kommissar für die Sicherheitsunion mit der Umsetzung der europäischen Sicherheitsagenda befassen und einen Beitrag zur



Foto: European Union, 2016 / Jennifer Jacquemart

Der neue britische EU-Kommissar Sir Julian King ist künftig für die Sicherheitsunion zuständig

Schaffung einer effektiv funktionierenden Sicherheitsunion leisten.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben wird King, der zuvor Botschafter seines Landes in Paris war, von einer neu eingerichteten Task Force unterstützt, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter relevanter Referate verschiedener Generaldirektionen zusammensetzt. Geleitet wird diese Task Force vom Generaldirektor der Generaldirektion für Migration und Inneres, Dr. Matthias Ruete. ■

Infos

EU-Kommissar Sir Julian King:

☞ http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/king_en

Verleihung des Europäischen Gartenpreises 2016:

Drei deutsche Parks ausgezeichnet

Mehrere Parks in Deutschland sind in diesem Jahr unter den Preisträgern des Europäischen Gartenpreises, der seit 2010 jährlich vom Europäischen Gartennetzwerk in mehreren Kategorien vergeben wird. Ausgezeichnet wurden der Emscher Landschaftspark in Nordrhein-Westfalen, das Areal des UNESCO-Welterbes Kloster Lorsch in Hessen und der Schlosspark Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Emscher Landschaftspark errang den ersten Preis in der Kategorie „Großräumige grüne Netze und Entwicklungskonzepte“. Auf rund 450 Quadratkilometern Fläche bietet der Park, der unter anderem durch Duisburg, Gelsenkirchen und Herne verläuft, den mehr als fünf Millionen Menschen in der Emscherregion und dem Ruhrgebiet neue Gärten in urbaner Landschaft und wilde Schönheit der Industrienatur sowie Sport und Spiel.

Einen ersten Preis gab es auch für das Areal am Kloster Lorsch. Die in den letzten Jahren umgestalteten Außenanlagen rund um die aus dem neunten Jahrhundert stammende Königshalle wurden in der Kategorie „Zeitgenössischer Park oder Garten“ ausgezeichnet. Einen zweiten Platz in der Kategorie „Beste Weiterentwicklung eines historischen Parks oder Gartens“ belegte der Schlosspark Ludwigslust. Mecklenburg-Vorpommerns größte Parkanlage wurde für die vorbildliche Restaurierung des Parks und seiner Bauten ausgezeichnet.

Bei der Verleihung des Europäischen Gartenpreises am 9. September 2016 im Festsaal von Schloss Dyck in Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt acht Parks und Gärten ausgezeichnet. Vergeben wird der Gartenpreis seit 2010 vom Europäischen Gartennetzwerk. ■



Foto: Thomas Max Müller / pixelio.de

Der Emscher Landschaftspark beeindruckt vor allem durch die Landschaftsarchitektur entlang der Emscher

Infos

Europäischer Gartenpreis:

☞ <http://www.eghn.org/gartenpreis.html>

Europäischer Bürgerschaftspreis des Europäischen Parlaments:

Deutsche Preisträger geehrt

Unter den 50 Projekten, Initiativen und Einzelpersonen, die in diesem Jahr den Europäischen Bürgerschaftspreis des Europäischen Parlaments erhalten, stammen auch fünf aus Deutschland: ENDSTATION RECHTS., SOS MEDITERRANÉE, die Vereinigung „Frauen in der Euregio Maas-Rhein“, Erwin Vollerthun und das Berufliche Schulzentrum Wurzen mit Gabriele Hertel wurden am 19. September 2016 im Europäischen Haus in Berlin ausgezeichnet, bevor es im Oktober 2016 noch eine Ehrung in Brüssel gibt.

ENDSTATION RECHTS. ist ein ehrenamtlich erstelltes Nachrichtenportal, das täglich über die NPD und den Rechtsextremismus in Deutschland berichtet. SOS MÉDITERRANÉE ist eine Bürgerbewegung zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer. Die Vereinigung „Frauen in der Euregio Maas-Rhein“ widmet sich den Belangen von Frauen im Gebiet rund um Hasselt, Lüttich, Eupen, Maastricht und Aachen, stets mit der Vision eines sich einigenden Europas. Erwin Vollerthun engagiert sich seit langer Zeit für die deutsch-polnische Verständigung und widmet sich dem Wohlergehen der polnischen Gemeinde Elbing, obwohl er aus dem 1.200



Foto: Jens Schicke

Die Vertreterinnen und Vertreter der fünf ausgezeichneten Projekte aus Deutschland wurden in Berlin geehrt

Kilometer entfernten Ort Krumbach kommt. Das Berufliche Schulzentrum Wurzen führte unter der Leitung von Gabriele Hertel unter dem Motto „Rappen für die Menschenrechte“ im Jahr 2010 mit großem Erfolg ein deutsch-polnisches Schülerbegegnungsprojekt durch.

Mit dem Europäischen Bürgerschaftspreis würdigt das Europäische Parlament seit 2008 den besonderen Einsatz für europäische Werte, grenzüberschreitende Verständigung und europäische Integration. Der Preis soll Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen für ihren Einsatz für die europäische Idee im Alltag belohnen und sie zu weiteren Aktivitäten ermutigen. ■

Infos

Verleihung des Europäischen Bürgerpreises in Deutschland:

☞ http://www.europarl.de/de/aktuell_presse/preise_wettbewerbe/europaeischer-buergerpreis2016.html

Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung:

Marc Lemaître neuer Generaldirektor

Die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission hat einen neuen Generaldirektor: Am 1. September 2016 trat der Luxemburger Marc Lemaître die Nachfolge des Deutschen Walter Deffaa an, der in den Ruhestand getreten ist. Lemaître verfügt über langjährige Erfahrung in europäischen Fragen.

Lemaître war zwischen 1996 und 2006 in der Ständigen Vertretung Luxemburgs bei der Europäischen Union für Haushalts-, Handels- und allgemeine Themen zuständig. In den Dienst der Europäischen Kommission trat er 2007. Er leitete das Kabinett der damaligen EU-Kommissarin

für Regionalpolitik Danuta Hübner und ihres Nachfolgers Paweł Samecki. Zwischen 2010 und 2013 war er Kabinettschef von Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Zuletzt stand er als Direktor dem Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche vor. ■

Infos

Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung:

☞ http://ec.europa.eu/dgs/regional_policy/index_de.htm

Foto: European Union, 2013 / Georges Boulogouris



Marc Lemaître ist neuer Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission

Veranstaltungen

Oktober

10.–13. Oktober 2016

14. Europäische Woche der Regionen und Städte

Workshops und Seminare u.a. zum Thema „Regionen und Städte für nachhaltiges und integratives Wachstum“

Veranstalter: Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, Ausschuss der Regionen
Ort: Brüssel (Brüssel)

☞ http://ec.europa.eu/regional_policy/regions-and-cities/2016/index.cfm

12.–15. Oktober 2016

5. Weltkongress des Weltverbandes der Kommunen

Kommunalkongress unter dem Motto „Lokale Stimmen für eine bessere Welt“

Veranstalter: „United Cities and Local Governments“ (UCLG)

Ort: Bogotá (Kolumbien)

☞ <https://www.bogota2016.uclg.org/en>

19.–21. Oktober 2016

Dritte Kommunale Partnerschaftskonferenz mit Afrika

Konferenz für deutsche Kommunen mit Partnerschaften in Afrika

Veranstalter: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Stadt Erfurt

Ort: Erfurt

☞ <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/dritte-kommunale-partnerschaftskonferenz-mit-afrika-2016.html>

27. Oktober 2016

Erasmus+ für neue Antragstellerinnen und Antragsteller

Informationsveranstaltung zu Fördermöglichkeiten in der Berufs- und Erwachsenenbildung

Veranstalter: Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB

Ort: Köln

☞ <https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/detail/News/informationsveranstaltung-zu-erasmus/>

November

4.–5. November 2016

Sechste Jahreskonferenz der Deutsch-Griechischen Versammlung

Konferenz

Veranstalter: Deutsch-Griechische Versammlung (DGV)

Ort: Nafplio, Peloponnes (Griechenland)

☞ <http://www.grde.eu/de/dgv/jahresversammlung/dgv6/index.html>

Intergenerationelles Forum 2016:

Deutsch-Französischer Dialog der Generationen

Der Deutsch-Französische Jugendausschuss e.V. (DFJA) veranstaltet vom 11. bis 13. Oktober 2016 im französischen Alpenort La Féclaz das Intergenerationelle Forum 2016. Unter dem Motto „Deutsch-Französische Ideen für eine europäische Zukunft“ werden engagierte Jugendliche und erfahrene Akteure der deutsch-französischen Zusammenarbeit gemeinsam neue Ideen und Formate diskutieren. Zudem werden in Workshops und Diskussionsrunden Strategien für eine erfolgreiche intergenerationelle Vereinsarbeit entwickelt.

Im Anschluss an das Intergenerationelle Forum findet vom 14. bis 16. Oktober 2016 der Jahreskongress der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. statt. Er steht unter dem Motto „Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit im Dienste Europas?“

11.–13. Oktober
in La Feclaz

Infos

Intergenerationelles Forum 2016:

☞ <http://dfja.eu/intergenerationelles-forum/>

Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation:

Europakommunikation im Blick

Die siebte Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation „EuroPCom“ findet am 20. und 21. Oktober 2016 unter dem Motto „Reflecting [on] Europe“ in Brüssel statt. Sie wird gemeinsam vom Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert.

Die Konferenz richtet sich an Presse- und Kommunikationsfachleute aus ganz Europa und bietet in zahlreichen Workshops und Diskussionsrunden die Gelegenheit zum Austausch. Ziel ist es, durch neue Wege die Kommunikation zur EU-Politik zu verbessern. Inhaltlich geht es um aktuelle Themen wie EU-Migrationspolitik, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), Datenschutz und Transparenz, Europaskeptizismus und EU-Fördermittelpolitik.

20.–21. Oktober
in Brüssel

Infos

EuroPCom 2016:

☞ <http://www.cor.europa.eu/europcom>

IMPRESSUM

Redaktion & Satz

Barbara Baltsch
Schillerstraße 18
50170 Kerpen
Telefon 02273 / 560046
Telefax 02273 / 560047
E-Mail: b.baltsch@t-online.de

Karl-Heinz Kottenhahn
Telefon 0177 / 4955902
E-Mail: info@kh-kottenhahn.de

Textbeiträge

Die Autorenbeiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor und übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, liegen bei der Redaktion.

Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für
Rat, Verwaltung und Wirtschaft
ISSN 1866-1904

Erscheinungsweise / Bezug (ab 2008)

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

Herausgeber

Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 / 3771-311
Telefax 0221 / 3771-128
E-Mail: post@rgre.de
<http://www.rgre.de>

Schriftleitung

Walter Leitermann

E-Mail-Verteiler

Tanja Sartory
E-Mail: tanja.sartory@staedtetag.de